

Wochenlohn 55 Pf., monatlich 5,00 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags ...

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65.

Keine Einigung in Wien.

Bergebliche Suche nach einem Kompromiß.

Wien, 14. November. (Eigenbericht.)

In ihren Donnerstagsausgaben melden die Wiener Blätter übereinstimmend, daß hinsichtlich der Verfassungsreform ...

Herr Schober macht es sich bequem.

Bundeskanzler Schober hat dem Wiener Vertreter des sozialistischen „Messaggero“ ein längeres Interview über die Lage in Österreich gewährt. Seine Äußerungen sind an sich maßvoll, ...

gaffe würde dann nur das Parlament kommen und nicht die Regierung.

Nein, so einfach liegen die Dinge nicht! Die Regierung ist es, die das Parlament in eine Sackgasse getrieben hat.

Ein Appell der pazifistischen Organisationen.

Dem österreichischen Ministerpräsidenten Schober und dem deutschen Reichskanzler Hermann Müller ist durch Dr. Quide die nachfolgende von dreizehn pazifistischen Organisationen unterzeichnete Rundgebung zugegangen: „Die unterzeichneten pazifistischen Organisationen fühlen sich verpflichtet, die Öffentlichkeit und insbesondere alle Stellen, die direkt oder indirekt einen Einfluß auf die Entscheidungen in Österreich ausüben können, auf die Gefahren hinzuweisen, die aus der Zersplitterung der Vögel dort, nicht nur für den inneren Frieden des Landes und für den Bestand einer selbständig geordneten Wirtschaft über die Landesgrenzen hinaus, sondern auch für den Weltfrieden entstehen können. ...

Ehe oder Hölle?

Die Reform des Ehescheidungsrechts.

Von Otto Landsberg.

Das bürgerliche Gesetzbuch hat zur Grundlage in den Bestimmungen über die Scheidung der Ehe das sogenannte Verschuldungsprinzip. Das heißt, eine Ehe kann nur dann gerichtlich geschieden werden, wenn sich zum mindesten der eine Teil gegen diejenigen durch die Ehe begründeten Pflichten vergangen hat, deren Verletzung das Gesetz als Scheidungsgrund anerkennt. Sind zwei Ehegatten sich über die Notwendigkeit, ihren Bund aufzulösen, einig, so ist die Scheidung mit Leichtigkeit herbeizuführen. Fehlt es an einem der das Scheidungsbegehren rechtfertigenden Gründe, so schafft der eine Ehegatte im Einvernehmen mit dem anderen einen solchen und macht den anderen Teil von der Begehung des mit der Ehe vereinbarten Verstoßes Mitteilung, worauf der Scheidungsprozeß eingeleitet und in kürzester Frist zu dem von beiden Teilern gewünschten Ende gebracht wird. Anders ist es, wenn der eine Teil der Scheidung einer auch von ihm oft als unhaltbar erkannten Ehe widerstrebt, wofür sehr oft höchst materielle Beweggründe maßgebend sind, wie der Wunsch des Mannes, den Zinsgenuß der Mitgift seiner wohlhabenden Frau, oder der Wunsch der Frau, ihre Pensionsansprüche nach dem Ableben des Mannes nicht einzubüßen. Derartige Fälle sind außerordentlich häufig. Die beiden Ehegatten können vortreffliche Menschen sein, jeder von ihnen würde einen vortrefflichen Ehemann oder eine ausgezeichnete Ehefrau abgegeben können, nur nicht gerade im Bund mit demjenigen Menschen, mit dem sie sich vereinigt haben und zu dem sie nicht passen.

Seit langem wird die Durchlöcherung des Verschuldungsprinzips mit Gründen, deren Güte nicht zu bestreiten ist, gefordert. In der vorigen Legislaturperiode des Reichstags hatten verschiedene Parteien, Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei und Wirtschaftspartei sich im Rechtsausschuß auf einen Kompromißantrag geeinigt, dessen Annahme einen erheblichen Fortschritt des bestehenden gesetzlichen Zustandes bedeutete hätte. Danach sollte von jedem Ehegatten auf Scheidung geklagt werden dürfen, wenn ohne schuldhaftes Verhalten des einen oder anderen eine dem Wesen der Ehe widersprechende Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten war. Ferner sollte die Scheidung dann begehrt werden dürfen, wenn die Ehegatten seit mindestens fünf Jahren vor Erhebung der Klage in vollkommener Trennung gelebt hatten. Infolge der Auflösung des Reichstags konnte die Novelle nicht verabschiedet werden.

Im neuen Reichstag wurden die Reformanträge erneuert und wiederum dem Rechtsausschuß überwiesen. Dieser fand vor dem Abschluß seiner Arbeiten, da erfolgte der Widerspruch des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, der begleitet war von der Androhung der Sperrung der Regierungskoalition. Man wird in der Annahme nicht irren, daß die Mannheimer Klage des Zentrumsführers Kaas über den Radikalismus der Sozialdemokratie und über die Unmöglichkeit, die Deutschenationalen gegen uns auszuspielen zu können, auf die Abneigung gegen die von uns energigebend betriebene Reform des Ehescheidungsrechts zurückzuführen ist. Noch deutlicher war Herr Reich in seiner Bamberger Rede. Und schließlich ist es dahin gekommen, daß die Zentrumsvertreter im Rechtsausschuß die Sitzung nach Abgabe einer Protesterklärung verlassen haben. Sie ließen sich hiervon auch durch die Tatsache nicht abhalten, daß der auf dem gleichen grundsätzlichen Standpunkt wie sie stehende Vertreter der Bayerischen Volkspartei sich weiter an den Arbeiten des Ausschusses beteiligte.

Uns Sozialdemokraten ist der Bund von Mann und Frau, die sich in Liebe vereinigen, genau so heilig, wie denen, die eine Reform der Ehescheidung zu verhindern suchen. Wir denken auch nicht daran, leichtfertige Ehescheidungen fordern zu wollen. Vielmehr belehrt uns die Erfahrung des Lebens darüber, daß gerade ernste wertvolle Menschen durch den bestehenden Zustand in schwerster Gewissensnot geraten und wir halten uns für verpflichtet, den Versuch ihrer Befreiung aus größter Bedrängnis zu unternehmen. Wir sind der Ansicht, daß die Ehe der Menschen und nicht der Mensch der Ehe wegen da ist, und deshalb wollen wir, daß die Ehe da gelöst werden kann, wo sie eine Plage ist, auch dann, wenn ein Verschulden, dessen ehelichenden Charakter das Gesetz anerkennt, nicht vorliegt.

Das Verhalten des Zentrums kann vor der Kritik nicht bestehen. Man kann es begreifen, daß das Zentrum aus dogmatischen Gründen die Ehescheidung überhaupt nicht zulassen will. Aber das Zentrum hat dem bürgerlichen Gesetzbuch, das die Lösbarkeit der Ehe durch Scheidungsurteil anerkennt, zugestimmt. Wenn nun mit Billigung des Zentrums das Band der Ehe überhaupt getrennt werden kann, soll es dann von grundsätzlicher Wichtigkeit sein, wenn den vorhandenen Scheidungsgründen noch ein weiterer hinzugefügt wird? Zudem haben die Vertreter des Zentrums im vorigen Reichstag sich an den Ar-

Die subventionierte D.A.Z.

Reichsbahn, Langnam-Verein, und wer sonst noch?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ glaubt, ein Nachwort zu ihrem Standesfall schreiben zu können. Das möchte sie gern — es ist aber noch nicht ganz so weit. Sie entriestet sich über unsere Bemerkungen über die politische Führung des Blattes. Die Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird sich daran gewöhnen müssen, daß man sehr allgemein die Subventionierung durch die Reichsbahn als nicht im Einklang mit den journalistischen Gepflogenheiten stehend ansieht und die politische Stimme der „D. A. Z.“ entsprechend bemerkt.

Die Aktienmajorität der „D. A. Z.“ befindet sich in den Händen des Langnam-Vereins, so daß also die Reichsbahn ein Organ des Langnam-Vereins subventioniert hat. Man hat hier eine neue Bestätigung dafür, daß die Reichsbahnverwaltung Politik im Sinne der Schwerindustrie treibt.

Die Ausrede der Reichsbahn mit den technischen Beilagen ist lächerlich. Für 300 000 M. im Jahre könnte die Reichsbahn sehr gute eigene technische und der Verkehrswerbung dienende Schriften herausgeben — sie hätte dabei an der Zeitschrift der Berliner Verkehrs-Gesellschaft ein Beispiel. Daß statt dessen das Blatt des Langnam-Vereins subventioniert wird, ist nur politisch zu erklären.

Es ergibt sich, daß die Reichsbahnverwaltung, die ständig nach Tarifierhöhung drängt, Geld hat, um ihre politischen Aspirationen zu finanzieren und eine reaktionäre schwerindustrielle Zeitung dazu.

Aber vor allem: die eine Subvention ist eingestanden. Wem dient die „D. A. Z.“ noch?

Partei-vorsitzender Hugenberg.

Seine Partei existiert im Wahlkampf für ihn nicht.

Wir lesen im „Lokal-Anzeiger“ wiederholt: „Bahnotizen: Wo wird gewählt? Wie wird gewählt?“ Alles zur Belehrung seiner Leser. Aber wenn man nach der Frage forscht: Wer wird gewählt? erhält man ein merkwürdiges Resultat.

Der „Lokal-Anzeiger“ ist das Blatt des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei. Selbstverständlich fordert es also auf, deutschnational zu wählen? Keineswegs!

Das Wort deutschnational ist sehr selten in diesem Blatt, seine Wahlaufforderung lautet kurz und schlicht: wählt national.

Also nach Belieben deutschnational oder nationalsozialistisch.

Die Nationalsozialisten führen einen heftigen Wahlkampf gegen die Deutschnationalen, aber das Blatt des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei erklärt sich für neutral! Woraus man den Schluß ziehen muß, daß Herr Hugenberg, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, seine eigene Partei schon preisgegeben hat.

Hilfe für die Opfer der Sowjets.

Das Ergebnis der Parteiführerbesprechungen.

Ämtlich wird mitgeteilt: In einer Parteiführerbesprechung, die am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand, wurde die Frage einer Hilfsaktion für die bei Moskau angesammelten deutschstämmigen Bauern besprochen. Man war sich darüber einig, daß den in großer Notlage befindlichen Kolonisten Hilfe gewährt werden müsse. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten sind in Angriff genommen und neben einer privaten Hilfsaktion sollen Reichsmittel in gewissen durch die finanzielle Lage des Reichs gebotenen Grenzen bereitgestellt werden.

Für den Gemeindefsozialismus!

Heute und morgen veranstaltet die sozialdemokratische Partei in allen Stadtteilen Berlins zahlreiche Wahlkundgebungen

In allen Versammlungen wird ein letzter Appell an die Berliner Wähler gerichtet.

Sorgt überall für Massenbesuch Werbt für die Sozialdemokratie

beiten des Rechtsausschusses beteiligt und hat das Zentrum ferner der Verweisung der Reformanträge an den Rechtsausschuss nicht widersprochen. Ist es nicht auch widerspruchsvoll, daß, während die Vertreter des Zentrums die Ausschussführung verließen, der derselben Partei angehörende Reichsjustizminister von Guérard seine Vertreter mit dem Auftrag in den Ausschuss entsendet, sich an dessen Arbeiten zu beteiligen? Rein Wunder, daß in der Öffentlichkeit dem Zentrum unjähliche Motive nachgesagt werden. Die einen behaupten, daß das Verhalten des Zentrums den Wunsch unterstützen solle, das Reichsministerium der Justiz abzugeben und dafür ein anderes einzutauschen; die anderen meinen, daß das Zentrum sich von der Ausstoßung des Rufes, die Ehe ist in Gefahr, eine starke agitatorische Wirkung verspreche.

Ich kann nicht entscheiden, ob der eine oder andere Beweggrund bei den Entschliessungen des Zentrums eine Rolle gespielt hat. Aber das weiß ich, daß die Anhänger der Reform nicht daran denken, das Institut der Ehe anzutasten, und ebenso weiß ich, daß der Ehe von der Annahme dieser Anträge keine Gefahr droht. Unter der Herrschaft des Preussischen Allgemeinen Landrechts, das über 100 Jahre galt, war die Ehescheidung sogar wegen unüberwindlicher Abneigung und auf Grund gegenseitiger Einwilligung zulässig, ohne daß unter diesen Bestimmungen das Rechtsinstitut der Ehe Schaden genommen hat. An der Unlösbarkeit der Ehen, die für die Gatten und die aus ihrem Bund hervorgegangenen Kinder die Hölle bedeuten, kann der Staat kein Interesse haben. Wohl aber hat er ein Interesse daran, daß die Unzulänglichkeit der Bestimmungen über die Ehescheidung nicht zu Ehescheidungsprozessen führt, bei denen bis auf das Bestreben, die Scheidung herbeizuführen, alles Lüge ist. Hat die katholische Kirche, deren Vertreterin das Zentrum ist, die Macht, ihre gläubigen Anhänger mit dem Gedanken der Unlösbarkeit der einmal geschlossenen Ehe zu erfüllen, so muß diese Tatsache selbstverständlich hingenommen werden. Sie kann aber keinen Grund dafür abgeben, Menschen, die die Ehe, um mit Luther zu sprechen, für ein weltlich Ding halten, in Fesseln schmachten zu lassen, zu deren Lösung, weil sie sich anders nicht bewerkstelligen läßt, nicht selten Gewalt angewendet worden ist. Der moderne Staat kann es nicht dulden, daß einer seiner Bürger zur Strafe des immerwährenden Verlustes seines Lebensglücks bloß deshalb verurteilt wird, weil er sich im Irrtum über Eigenschaften eines anderen befunden hat, mit dem er die eheliche Gemeinschaft geschlossen hat.

Der Unfallgraf. Westarp dementiert sich.

Als die Absicht des Reichsministeriums bekannt wurde, den Volksentscheid noch im Dezember stattfinden zu lassen, erhob sich in der Hugenberg-Prese großer Lärm, Herr Graf Westarp aber erklärte stolz, die Reichsregierung sei seiner Forderung nachgekommen. Peinlich!

Nun ist inzwischen der 22. Dezember als Abstimmungstag bestimmt worden. Der Lärm der Hugenberg-Prese nahm zu, trotz Westarp — noch peinlicher!

Aber der Herr Graf, der einst zu befehlen hatte, hat inzwischen gehorchen gelernt. Er dementiert sich und verläutbart:

„Wie die Dinge sich jetzt entwickelt haben, läßt sich die von mir ausgesprochene grundsätzliche Forderung ohne jede Schwierigkeit erfüllen, wenn die Volksabstimmung nicht vor Mitte Januar angelegt wird, da nach dem Stand der Verhandlungen die Vorlage über den Plan den Reichstag schwerlich vor Ende Januar beschließen kann.“

Hugenberg behält wieder recht, und Westarp wird allmählich sein treuer Fribolin.

Die Korruptionschreiber.

Wirtschaftsparteiler schludrt städtische Provisionen.

Köln, 14. November. (Eigenbericht.)

Aus einem am Donnerstag in der „Rheinischen Zeitung“ veröffentlichten Schriftwechsel zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der Wirtschaftspartei der Kölner Stadtverordnetenversammlung und der Kölner Stadtverwaltung ergibt sich, daß der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung von Rheinland-Westfalen Rung von der Stadtverwaltung bzw. dem städtischen Anstaltungs- und Resseamt für die Veranstaltung von Gastwirtsessen erhebliche Provisionen forderte. Diese Provisionen erreichten in den letzten drei Jahren die Höhe von annähernd 27 000 Mark. Die Tätigkeit dafür bestand lediglich darin, daß der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung die ihm unterstellten Wirtschaftsorganisationen für die Veranstaltung der Messen mitunterzeichnete ließ und bei Geschäftsfreunden für die Gastwirtsessen Reklame machte. Für diese Tätigkeit ließ er sich Prozente nicht nur von den Stadtmietern, sondern auch Abgaben von den Eintrittsgeldern auszahlen.

Diese Enthüllung ist insofern bemerkenswert, als die Wirtschaftspartei in der Kölner Stadtverordnetenversammlung hauptsächlich gegen die margistische Korruptionswirtschaft gekämpft hat und für sogenannte gesunde Prinzipien des privaten Wirtschaftslebens eintritt. Die Veröffentlichung hat in der Kölner Bürgerschaft, besonders in den Kreisen der Gastwirte großes Aufsehen erregt.

Neue Diskontsenkung in New York.

Die New-Yorker Bundesreservebank ermäßigte ihren Diskontsatz von fünf Prozent auf vierinhalb Prozent.

Damit hat New York seit dem 1. November den Diskontsatz zum zweitenmal ermäßigt. Sicher ist das auch zur Bekämpfung der Aktienbaisse geschehen, die in den Vereinigten Staaten eine Wirtschaftskrise herbeizuführen droht. Für Deutschland verbessern sich aber weiterhin die Anleihechancen.

Richtigstellung. In dem Leitartikel von Donnerstag morgen ist ein Satz ausgefallen. Es muß im vierten Absatz heißen: „In den Jahren 1924 bis 1929 sind in Berlin aufgefunden an Hauszinssteuer 1 730 000 000 M. Für den Wohnungsbau hat Berlin davon erhalten 605 000 000 M. Hätte die Stadt Berlin die gesamte Summe für den Wohnungsbau zur Verfügung, hätte die Sozialdemokratie die Wohnungsnot in Berlin größtenteils beseitigt.“

Schwent, Lange und Konsorten.

Alles kommunistische Ehrenmänner!

In den letzten Tagen vor der Wahl hat die Verleumdungshetze der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie eine solche Uebersteigerung erfahren, daß es einfach materiell unmöglich ist, jede einzelne Lüge zu widerlegen und jede Beschimpfung zurückzuweisen, die namentlich in den beiden kommunistischen Blättern gegen unsere Partei geschleudert werden. Am Donnerstag nachmittag ist auch die letzte Sitzung der bisherigen Stadtverordnetenversammlung aufgeflogen, nachdem nicht nur der jugendliche Protokollator der kommunistischen Fraktion Fritz Lange im Kleinsten Ausschuss sich geweigert hatte, seine Beschimpfungen der Sozialdemokraten zurückzunehmen, sondern überein noch der Vorsitzende dieser Fraktion, Herr Paul Schwent, die Dreistigkeit befehlen hatte, im Laufe der öffentlichen Sitzung fallblütig zu erklären, daß sich die gesamte kommunistische Fraktion die Kennzeichnung der sozialdemokratischen Stadtverordneten als „Korcor oder Betrüger“ zu eigen mache.

Ausgerechnet Herr Paul Schwent!

Woher nimmt denn dieser Mann die Qualifikation, um über andere Menschen ein moralisches Urteil zu fällen? Etwas aus der Tatsache, daß ihm seine Fraktionsfreunde im Landtag zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses in Sachen Skarel bestimmt haben? Nun, da wollen wir einmal deutlich werden und nachweisen, daß Herr Schwent der Letzte ist, der überhaupt das Recht hatte, einen Skarel-Untersuchungsausschuss als Mitglied — geschweige denn als Vorsitzender — anzugehören.

Es ist schon in diesem Ausschuss zur Sprache gekommen, daß Herr Schwent, als Mitglied des Kreditausschusses der Berliner Stadtbank, nicht nur der Gewährung von Krediten in Höhe von 6 Millionen an die Gebrüder Skarel, sondern auch ihrer Erhöhung von 7 auf 10 Millionen vorbehaltlos zugestimmt hat. In der Schreibweise der kommunistischen Presse würde allein diese Tatsache genügen, um ihn als „bestochenen Lumpen“ kennzeichnen zu lassen. Wir für unseren Teil lehnen es freilich ab, ihn nur wegen der Mitwirkung an diesem bedauerlichen und fehlerhaften Beschluß zu insulieren, möchten jedoch feststellen, daß es unter diesen Umständen eine Dreistigkeit von ihm war, den Vorsitz im Skarel-Ausschuss des Landtages überhaupt anzunehmen.

Als „Jachmann“ in Kredittagen der Berliner Stadtbank ist Herr Paul Schwent zweifellos anzusprechen, denn er hat sich nicht geschert, einen Kredit der Berliner Stadtbank für seine unpersonlichen Zwecke in Anspruch zu nehmen.

Als sich nämlich der Herr Landtagsabgeordnete Paul Schwent das Häuschen baute, das er gemeinsam mit einer kommunistischen Reichstagsabgeordneten in Berlin-Blankenburg, Harzburger Str. 8, bewohnt, wandte er sich an die zuständige Abteilung der Berliner Stadtbank um einen Hypothekenkredit.

Sein Wunsch wurde um so mehr erfüllt, als er in seiner Eigenschaft als Mitglied des überwachenden Kreditausschusses eine Persönlichkeit war, dem die Herren der Stadtbank eine Gefälligkeit schwerlich verweigern zu können glaubten.

Dieser Tatbestand wäre allein hinreichend, um die Lachheit des Gewissens des Herrn Schwent zu kennzeichnen, wenn er kein öffentliches Mandat für seine persönlichen Interessen in Anspruch nimmt. Aber es kommt noch besser! In dem vorliegenden Fall war der beanspruchte Kredit

absolut statutenwidrig

— und der kommunistische Führer war sich darüber nicht im Zweifel. Denn das betreffende Grundstück lag an einer unregulierten Straße und Hypothekenkredite dürfen in solchen Fällen nicht gegeben werden. Herr Schwent wußte das ganz genau, denn er hatte in Duzenden von Fällen selbst dazu beigetragen, derartige Hypothekenkredite abschlägig zu bescheiden.

Dennoch setzte er es durch, daß in seinem Fall der statutenwidrige Kredit bewilligt wurde. Herr Schwent war klug genug, an der Abstimmung über sein Kreditvorhaben nicht teilzunehmen, sondern richtete es so ein, daß er erst zehn Minuten danach auf der Bildfläche im Kreditausschuss erschien.

Und dieser Mensch besitz jetzt die eiserne Stien, nicht nur im Landtag als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses in Sachen Skarel zu fungieren, sondern er erdreißet sich, die Fliegelleien seines Parteifreundes Fritz Lange gegen maßlose sozialdemokratische Führer zu wiederholen. Dieser Fritz Lange ist allerdings würdig, eine Solidaritätserklärung aus dem Munde von Paul Schwent zu erhalten. Bileilicht entfallen sich die Berliner Arbeiter noch der unwidersprochen gebliebenen Feststellung

über das Verhalten des Stadtverordneten Fritz Lange in den kritischen Monaten 1929? Wo war Herr Lange damals? Kämpfte er in der vordersten Reihe jener Menschen, die die kommunistische Partei nach den Baugruben des Alexanderplatzes aber in die gesellschaftlich verbotene Bannmeile dirigieren wollte, in der Hoffnung auf blutige Zusammenstöße mit der Polizei? War er bei den „heldenhafsten Barrikadenkämpfern“ an Wedding oder in Reuthün? Ach, woher denn!

Herr Fritz Lange hatte sich vorfichtshalber ausgerechnet am 30. April zu einer Vergnügungstour nach den Madetr-Injeln eingeschifft.

Darf man fragen, woher der „proletarische“ Volksschullehrer die Mittel zu dieser mehrwöchigen Seereise an Bord eines Luxusdampfers genommen hat? Diese Frage ist um so angebrachter, als man in den eigenen Parteikreisen des Herrn Lange muntel, daß er dem trüben Komplex Willi Geom. Rotfrontkasse gar nicht fernsteht.

Der Kronzeuge aus Dalldorf.

Die „Welt am Abend“ hat in großer Aufmachung eine „Enthüllung“ veröffentlicht, die vor allem den Zweck hatte, den Namen des Reichsinnenministers Severing in den Skarel-Komplex hineinzuziehen. Eine kategorische Berichtigung Severings, die die Unwahrheit aller von diesem Blatt aufgestellten Behauptungen feststellt, wird frech von der „Welt am Abend“ angezweifelt.

Wir sind in der Lage, das Zustandekommen dieser „Enthüllung“ der Öffentlichkeit enthüllen zu können. Der Gewährsmann der „Welt am Abend“ ist ein Dreer, ein Schneider, der

in der Irrenanstalt Wittenau interniert

ist. Ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter hat diesen Mann besucht und hat sich von ihm dies „Material“ vorgetragen lassen.

Uns — und übrigens auch dem Genossen Severing — war die Absicht dieser „Enthüllung“ eines Geisteskranken seit vier Wochen ebenso bekannt, wie der Besuch des kommunistischen Reichstagsabgeordneten in der Irrenanstalt Wittenau.

Wir hatten allerdings angenommen, daß sich die Kommunisten doch schämen würden, Erzählungen eines Berrückten zu verwenden. Wir haben uns getäuscht. Kommunisten kennen kein Schamgefühl. Sie haben diese neueste Subdeli wochenlang aufs Eis gelegt, um damit vier Tage vor der Wahl herauszukommen, in der Hoffnung, daß man vor dem 17. November ihre Quelle nicht aufdecken würde. Eine feine Gesellschaft.

Das sind die „Enthüllungen“, mit denen das gewissenlose kommunistische Gefindel die Verleumdungshetze gegen die Sozialdemokratie betreibt!

Eine kommunistische Lüge.

Zurückweisung einer gegen Reichsminister Severing gerichteten Verdächtigung.

Das Berliner Abendblatt „Die Welt am Abend“ brachte in ihrer Nr. 266 vom 13. November d. J. an der Spitze ihres Blattes einen Artikel, überschrieben: „Für die SPD. geopfert“, in dem behauptet wurde, daß ein Zwischenmeister der Firma Skarel, der Reichsbannerkleidung hergestellt haben will, wegen der schlechten, verlustbringenden Bezahlung sich an mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, vor allem an den Reichsminister des Innern, Severing, beschwerdeführend gewandt haben soll. In dem Artikel wird weiter behauptet, daß Reichsminister Severing dem Beschwerdeführer dringend abgeraten habe, einen Prozeß gegen die Firma Skarel zu führen, da es nicht gut aussehe, wenn ein Sozialdemokrat den anderen verfolge und durch einen solchen Prozeß den Rotfrontkämpfern Agitationsmaterial gebe. Die „Welt am Abend“ knüpft an die Wiedergabe dieser Behauptung den Schluß, daß der Reichsminister Severing auf diesem Umwege zu einem Helfer der Korruptionisten Skarel geworden sei.

Der Reichsminister des Innern hat daraufhin der Redaktion der „Welt am Abend“ eine Berichtigung übermittelt, in welcher die Angaben des Blattes in jedem Punkte als unwahr festgestellt werden. Reichsminister Severing erklärt, daß ihm die ganze, in der „Welt am Abend“ ausgesprochene Angelegenheit vollkommen unbekannt ist.

Das Dokument von Baden-Baden

Die Aufgaben der Weltbank.

Das vom Organisationskomitee in Baden-Baden vorgestern ebenfalls angenommene und unterzeichnete Statut der Bank für internationalen Zahlungsausgleich ist veröffentlicht. Bei den Beschlüssen des Organisationskomitees handelt es sich um eine Ausführung der Young-Plan-Vestimmungen, die der zweiten Haager Reparationskonferenz vorgelegt werden wird, damit die beteiligten Regierungen über die Annahme eventuell aber auch über die Abänderung des Statuts beschließen. Daß an dem Statut sehr viel abgeändert werden wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen unwahrscheinlich. So wird es sich bei den Bestimmungen des Statuts sehr weitgehend um endgültige Festlegungen handeln, und das gibt den Beschlüssen von Baden-Baden eine besondere Bedeutung. Schon jetzt verlaute, daß der englische Schatzkanzler Snowden die für die englische Regierung angemeldeten Abänderungsvorschläge im Haag nicht einbringen wird. Das Statut enthält 60 Artikel in acht Abschnitten (Name, Sitz und Zweck, Stammkapital, Befugnisse der Bank, Verwaltung, Generalversammlung, Gewinnverteilung, Allgemeines).

Der Name ist „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“.

Der Sitz ist Basel, der Zweck wird in Artikel 3 folgendermaßen umschrieben: „Zweck der Bank ist die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei den ihr auf Grund von Verträgen bei den beteiligten Parteien übertragenen internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken.“

Die dritte Ausgabe betrifft die eigentliche Funktion für die Durchführung des Young-Plans. Die Bank soll nach Artikel 4 während der Dauer des Sachverständigenplans (Young-Plan) die ihr im Plan übertragenen Ausführungen durchzuführen, die Durchführung des Planes erleichtern und die Bestimmungen des Planes einhalten. Die besondere Reparationsfunktion ist mit folgenden Worten umschrieben: Die Bank hat

1. die von Deutschland auf Grund des Planes gezahlten Annuitäten in Empfang zu nehmen, zu verwahren und zu verteilen,
2. die Kommerzialisierung und Mobilisierung bestimmter Teile der genannten Annuitäten zu überwachen und dabei mitzuhelfen,
3. alle Aufgaben zu übernehmen, die mit den deutschen Reparationen und den damit verbundenen internationalen Zahlungen im Zusammenhang stehen und zwischen der Bank und den beteiligten Regierungen vereinbart werden.“

500 Millionen Franken Stammkapital. — Die Zeichner.

Das Kapital der Bank ist auf 500 Millionen Schweizer Franken festgelegt, in insgesamt 200 000 Aktien zu je 2500 Franken. Sieben Länder, davon für Belgien, England, Frankreich, Deutschland, Italien jeweils die Zentralbanken, für Japan und die Vereinigten Staaten noch zu benennende Stellen, garantieren das gesamte Kapital und übernehmen ihrerseits davon 112 000 Aktien zu gleichen Teilen (gleich 56 Proz. des Kapitals im Werte von 280 Millionen Franken). Auf Deutschland kommen infolgedessen 16 000 Aktien oder 40 Millionen Franken. Einzahlungen sind zunächst 25 Proz. Der Restbetrag von 220 Millionen Franken soll in

den ersten beiden Jahren der Bankfähigkeit durch den Verwaltungsrat untergebracht werden, und zwar bei den Zentralbanken und sonstigen Banken solcher Länder, die an der ursprünglichen Zeichnung nicht beteiligt sind. In jedes dieser Länder dürfen nicht mehr als 8000 Aktien — 20 Millionen Franken — vergeben werden.

Kapitalerhöhungen (nur mit gleichzeitiger Verringerung des noch nicht veröffentlichten Grundgesetzes möglich) brauchen Zweidrittelmehrheit des Verwaltungsrates und Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung; die sieben Gründungsländer dürfen von vornherein mindestens 25 Proz. neuer Aktien zu gleichen Teilen zeichnen. Die Aktien sind Namensaktien, grundsätzlich nicht übertragbar, bei demnach erfolgloser Übertragung ist diese nur mit Genehmigung der betreffenden Zentralbank möglich. Das Stimmrecht wird ausschließlich durch die Zentralbanken der Aktionärsländer ausgeübt, und zwar nach Höhe des Aktienbesitzes. Diese Frage ist wichtig wegen des Artikels 16, der die Weitergabe der Aktien an das Publikum durch die zeichnenden Institute (eventuell auch durch Zertifikate) erlaubt. Ob auch die deutsche Reichsregierung in Deutschland zum Publikum gehört, wäre zu klären, jedenfalls könnte auch die Reichsregierung nur durch den Reichsbankpräsidenten vertreten werden. Abschnitt 3 spricht von den

Befugnissen der Bank.

In diesem Abschnitt ist von den Pflichten der Bank nach dem Young-Plan nicht mehr die Rede, sondern nur von den kaufmännischen Befugnissen für das eigene Geschäft. Formal wird bestimmt, daß die Geschäfte der Bank mit der Politik der Zentralbanken der beteiligten Länder übereinstimmen muß. Dem entspricht ein Einspruchsrecht jeder Zentralbank des Landes, in dessen Währung oder Markt von der Bank Finanzgeschäfte durchgeführt werden sollen. Alle Finanzgeschäfte der Bank sind auf Länder beschränkt, die eine Gold- oder Goldwährung haben. Im besonderen ist die Bank befugt zu Gold- und -verkäufen und zur Goldverwahrung für Rechnung der Zentralbanken, zur Gewährung von gedeckten Darlehen an Zentralbanken, zum Diskont und Akzept, Kauf und Verkauf von Wechseln und Schecks einschließlich Staatswechseln und kurzfristiger Staatsschuldverschreibungen, zum Devisenhandel für eigene oder Aktionärsrechnung, zum Kauf von Wertpapieren unter Ausschluß von Aktien und endlich auch zur Annahme von Einlagen von Zentralbanken und, nach Ermessen des Verwaltungsrates, auch von anderen Stellen. Dazu kommen Einlagen, die sich aus der Abwicklung des Young-Planes ergeben.

Verboten ist der Bank die Ausgabe von Noten, das Akzept von Wechseln, die Gewährung von Darlehen an Regierungen, die Kontofortführung für Regierungen, die beherrschende Einflüsse auf andere Unternehmungen. Abschnitt 4 enthält die

sehr wichtigen Bestimmungen für den Verwaltungsrat.

Der Verwaltungsrat besteht aus insgesamt sieben und für die Dauer deutscher Reparationszahlungen aus neunzehn Mitgliedern:

1. Aus sieben sogenannten „ex officio“-Mitgliedern, das sind die Notenbankpräsidenten bzw. entsprechenden Beauftragten der sieben Gründungsländer, die aus eigenem Ermessen und für beliebige von ihnen zu bestimmende Zeit Erfahrmänner und Stellvertreter benennen und abberufen können.

2. Aus sieben Vertretern der Finanz, der Industrie oder des Handels, die wiederum nur von den sieben ex officio-Mitgliedern aus ihren Ländern berufen werden. Solange Deutschland Reparationszahlungen zahlt, treten je ein Franzose und ein Deutscher, die wiederum Industrie und Handel vertreten müssen, hinzu, und wiederum sind sie von den Präsidenten der deutschen und französischen Notenbank zu ernennen. (Demnach besteht ein Einfluß der Regierung, in Deutschland des Reiches, auf die Stellung dieser vierzehn bzw. sechzehn Vertreter überhaupt nicht.)

3. Können höchstens neun Personen vom Verwaltungsrat aus den Nichtgründungsändern in einjährigem Turnus zu je drei Personen dem Verwaltungsrat angehören, so daß die Gesamtzahl der Mitglieder höchstens sieben bzw. neunzehn beträgt.

Artikel 31 schließt ausdrücklich Mitglieder einer Regierung, Staatsbeamte oder Mitglieder einer gesetzgebenden Körperschaft von der Mitgliedschaft im Verwaltungsrat aus.

Die Sitzungen des Verwaltungsrates finden in Basel und wenigstens zehnmal im Jahre statt, wobei Entschlüsse, falls nicht anders bestimmt, mit einfacher Mehrheit gefaßt werden und den Mitgliedern außer der Erstattung der Ausgaben Diäten für die Teilnahme an der Sitzung zustehen. Der aus der Mitte des Rates zu wählende Vorsitzende ist Präsident der Bank, bleibt drei Jahre im Amt, ist wieder wählbar und wird durch einen Generaldirektor unterstützt, der auf Vorschlag des Präsidenten vom Verwaltungsrat bestimmt wird. Beratende Ausschüsse können eingesetzt werden, an denen auch nicht an der Leitung beteiligte Personen teilnehmen.

Die Generalversammlung findet in Basel statt, das Geschäftsjahr läuft von April zu April, das erste bis zum 31. März 1931, neben dem Jahresbericht werden Monatsausweise veröffentlicht.

Die sehr wichtigen Vorschriften über die Gewinnverteilung

durch die nach dem Young-Plan auch für die 22 letzten Reparationsjahre zu sorgen ist, lassen sich am besten an einem Beispiel demonstrieren. Nimmt man an, daß 100 Millionen Franken Reingewinn erzielt würden, so gehen von diesen 100 Millionen zunächst 5 Proz., also 5 Millionen Franken an den Reservefonds, bis dieser 10 Proz. des Kapitals erreicht. Von den verbleibenden 95 Millionen ist eine kumulative Dividende von 6 Proz. auf das Grundkapital auszuschütten. Nimmt man ein eingezahltes Kapital von 300 Millionen Franken an, so entspricht das 18 Millionen Franken, so daß noch über 77 Millionen Franken zu verfügen wäre. Von dem verbleibenden Rest — in unserem Beispiel diesen 77 Millionen — ist wieder ein Fünftel an die Aktionäre zu verteilen (höchstdividende 12 Proz.), was in unserem Beispiel einer Summe von 15,4 Millionen Franken entspräche. Von dem neuen Rest — in unserem Beispiel 61,6 Millionen — gehen wieder 50 Proz. an einen zu bildenden allgemeinen Reservefonds der Bank, und zwar so lange, bis die Höhe des eingezahlten Kapitals und eventuell das Fünffache dieses Kapitals erreicht wird, wobei nur die Prozentsätze der Zuteilung von 40 bis auf 5 Proz. sinken.

Dieser dann verbleibende Rest — in unserem Beispiel 30,8 Millionen — wird, solange der Plan in Kraft ist, mit 75 Proz. den an den Reparationen einschließlichsch Deutschland beteiligten Ländern in dem Umfang zugeteilt, in welchem diese Länder oder Notenbanken bei der Banker Bank Einlagen unterhalten.

Mit 25 Proz. endlich — in unserem Beispiel 7,7 Millionen Franken — wird ein Sonderfonds zugunsten der deutschen Reparationsleistung gegründet, aus dem unter Anrechnung von Zins und Zinseszins in den letzten 22 Jahren des Young-Planes die Annuitätenzahlungen zu unterstützen sein werden. Die Speisung dieses Sonderfonds ist dabei an die Bedingung geknüpft, daß Deutschland wenigstens eine verhältnismäßige Einlage von 400 Millionen

Blickt nach Moskau!

So ruft die „Rote Fahne“.



Dort wohnt, so sagt die „Rote Fahne“, der Arbeiter ideal, nämlich nach sowjetamtlicher Statistik: 5,2 qm Wohnraum auf die Person, drei bis zehn Parteien auf jede Küche, 92 Prozent der Bevölkerung kein eigenes Zimmer, davon fünf Prozent zu mehr als fünf in einem Zimmer!

Lampel weiter schwer belastet.

Wer hat den tödlichen Schuß abgegeben?

Breslau, 14. November.

In der Strafsache gegen Lampel und Genossen wurden gestern nachmittag die Angeeschuldigten Lampel, Schweninger und v. Beulwitz dem Hauptbelastungszeugen sowie einem vierten Angeeschuldigten, gegen den das Verfahren voraussichtlich eingestellt werden wird, erneut gegenübergestellt. Die Angeeschuldigten erklärten übereinstimmend, daß v. Beulwitz den Schuß gegen Köhler abgegeben habe, andererseits gaben aber auch Lampel und Schweninger zu, daß sie gemeinsam mit v. Beulwitz gehandelt haben. Der Hauptbelastungszeuge blieb dabei, daß Lampel den Schuß abgegeben hat. Der vierte Angeeschuldigte blieb bei seiner früheren Behauptung, daß Lampel ihm jederzeit erklärt habe, er habe den Schuß gegen Köhler abgegeben. Es wird eine erneute Gegenüberstellung am Tatort erfolgen müssen.

In einer schriftlichen Eingabe hat Lampel erklärt, daß er eine Haftentlassung gegen Kaution ablehne, wenn nicht auch die

übrigen Angeeschuldigten entlassen würden; wenn aber die von seinen Freunden gestellte Kaution für eine Haftentlassung nicht ausreichen sollte, dann wünsche er, sie solle dem zugute kommen, der am meisten durch die Haft leide.

Bei einem bewußten Zusammenwirken der Beteiligten ist die Frage, wer den tödlichen Schuß abfeuerte, juristisch nicht unbedingt für die Frage der Mittäterschaft entscheidend.

Die Auffindung der Leiche Köhlers bestätigt.

Breslau, 14. November.

Wie die Telegraphen-Union von unterrichteter Stelle erfährt, bestätigt sich, daß die Leiche des im Jahre 1921 der Feme des Freikorps Oberland zum Opfer gefallenen Köhler alias v. Bantzen auf der Waderauer Flur aufgefunden worden ist. Daraus erklärt sich auch, daß die weitere Verfolgung der Strafsache dem Landgericht Reife überwiesen worden ist, da Waderau in Oberschlesien liegt.

Reichsmark bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich unterhält. Wird diese Einlage nicht unterhalten, so werden die 25 Proz. voll den 75 Proz. zugeschlagen und unter alle Reparationsländer einschließlichsch Deutschland verteilt; beträgt die Einlage weniger als 400 Millionen Mark, so wird der Sonderfonds in entsprechend geringerer Umlage gespeist.

Die allgemeinen Bestimmungen sprechen aus, daß die Auflösung der Bank nur mit Dreiviertelmehrheit der Generalversammlung erfolgen kann; daß sie während der Dauer des Young-Planes ausgeschlossen, und daß Streitigkeiten durch Schiedsgerichte geordnet werden müssen.

In allem wesentlichen ist das hier unrißene Statut der internationalen Zahlungsbank die Ausführung der bereits im Young-Plan vorgesehenen Richtlinien durch das Organisationskomitee. Wesentlich neu ist, daß die Bank für internationalen Zahlungsausgleich als Dauereinrichtung auch über den Young-Plan hinaus gedacht ist, und daß sie als Bank der Zentralbanken Funktionen übernimmt, deren Durchführung innerhalb der Weltwirtschaft und der Weltfinanz einen großen Fortschritt bedeutet.

Das Statut selbst gewährt den Notenbankpräsidenten außerordentlich große Machtwortkompetenzen, und in der Auswahl der Verwaltungsratsmitglieder kommt deutlich ein plutokratischer Zug zum Ausdruck — die Regierungen sind zudem vollständig von jeder Beeinflussung ausgeschlossen. Das muß die Auswahl der Notenbankpräsidenten in der Zukunft zu einer ganz besonders ernstigen Sorge der Regierungen machen.

Die erwartete werden konnte — unser Beispiel von 100 Millionen Franken Reingewinn ist unwahrscheinlich günstig — kommt für die Speisung des Reparationsfonds recht wenig heraus, nachdem die Dividende mit 12 Proz. sehr hoch gerechnet ist, und so riesenhafte Reserven für die Bank für notwendig gehalten werden. Allerdings ist die Sorge für die letzten 22 Jahre des Young-Planes eine Sorge, die weit in der Zukunft liegt. Bis dahin kann sich noch manches ändern.

Anfrage über die Liquidationen.

Grahams ausweichende Antwort.

London, 14. November.

Im Unterhaus stellte Macpherson an den Präsidenten des Handelsamtes die Anfrage, ob er die Gesamtsumme angeben könne, die bis heute durch die nach Weggabe des Artikel 22 und Artikel 207 des Vertrages von Versailles erfolgte Liquidierung des deutschen Privateigentums erzielt worden sei, wieviel von dieser Summe zur Befriedigung privater britischer Forderungen an Deutschland oder an deutsche Bürger verwendet worden sei, ob er die Schätzung, daß noch Forderungen in Höhe von drei Mil-

lionen Pfund Sterling ausstehen, die das Clearing Office zu befriedigen habe, für richtig halte, und, falls er sie nicht für richtig halte, auf wie hoch sich nach des Präsidenten Ansicht die Summe der noch nicht befriedigten Forderungen belaufe.

Der Präsident des Handelsamtes Graham erwiderte, daß die Summe der Einnahmen, die durch die Liquidierung des deutschen Privateigentums bis zum 31. August 1929, an dem die Liquidation im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen mit der deutschen Regierung eingestellt wurde, und nach Abzug der Reserven, die für gewisse Freibezahlungen bereitgestellt wurden, 55 750 000 Pfund Sterling zur Begleichung britischer Forderungen an die deutsche Regierung oder deutsche Bürger verwendet worden sind. Die Schätzung, daß zur Befriedigung der Forderungen, die in 5 glicher Weise noch berücksichtigt werden müßten, der Betrag von drei Millionen Pfund Sterling erforderlich sei, könne vorläufig als zutreffend bezeichnet werden, doch sei zu bedenken, daß die tatsächliche Höhe der Verbindlichkeiten von den Entscheidungen der gemischten Schiedsgerichte abhängt, die sich natürlich nicht voraussagen lassen.

Konservative Obstruktion gegen Witwenpensionen.

London, 14. November. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus, das von Dienstag nachmittag drei Uhr bis Mittwoch morgen acht Uhr in ununterbrochener 17 stündiger Sitzung das Witwenpensionsgesetz in zweiter Lesung debattiert hat, ohne auch nur im geringsten vom Fleck gekommen zu sein, nahm am Donnerstag seine Beratungen über den Regierungsentwurf wieder auf. Obwohl die Opposition der Regierung gegenüber die Zusage gemacht hatte, die Dienstagnacht geführte Obstruktion fallen zu lassen, war auch während der ersten Stunden der heutigen Verhandlungen der Fortschritt überaus langsam. Die konservative Partei hatte aus reinem Propagandabedürfnis einen Antrag eingebracht, der eine Debatte aller bereits bis zur Erschöpfung aufgemorrenen Fragen nötig machte.

Weitere Zuspitzung in Belgien.

Krise fast unvermeidlich.

Brüssel, 14. November. (Eigenbericht.)

Der belgische Ministerrat befaßte sich am Donnerstag mit der Sprachenfrage, ohne daß eine Klärung der Situation eingetreten wäre. Eine Regierungskrise wird jetzt als fast unvermeidlich betrachtet.

Das Mitglied der schweizerischen Regierung, Bundesrat Scheurer, Chef des eidgenössischen Militärdepartements, ist heute vormittag unerwartet an den Folgen einer Halsoperation im Alter von erst 57 Jahren gestorben, dadurch ist ein zweiter Sitz in der sieben Mitglieder zählenden Schweizer Regierung frei geworden.

Die Reichstimmordnung und das Reichsgesetz über den Volkenscheid haben sich bei ihrer praktischen Anwendung namentlich anfänglich der letzten Bestimmungen als außerordentlich abänderungsbedürftig erwiesen. Im Reichsministerium des Innern wird deshalb zurzeit an einer Novelle gearbeitet, die allen bestehenden Mängeln abhelfen soll.

Das Braunkohlengeld.

Million-Reptilienfonds der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie gegen die Gewerkschaften.

Kürzlich ging die aufsehenerregende Mitteilung durch die Presse: das Ostdeutsche Braunkohlenfundat in Berlin habe im Jahre etwa 260 000 Mark zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung gegeben. Das Syndikat hat nicht gemocht, dieser Behauptung zu widersprechen.

Es stimmt also. Trotz der enormen Höhe der Summe ist das aber nur ein winziger Bruchteil der wirklich von der gesamten mitteldeutschen Braunkohlenindustrie verschleuderten Korruptionsgelder. Die Braunkohlenindustrie bombardiert die zuständigen Regierungsstellen unter Hinweis auf die „angeblich unrentierliche“ Wirtschaftslage dauernd mit Preis-erhöhungsanträgen. Es ist daher sehr dienlich, in voller Öffentlichkeit einmal festzusetzen, welche geradezu enormen Gelder diese „arme Industrie“ zur Propaganda für die völlige Werksgefinnung offen und verdeckt verpulvert.

Was sich, trotz ihrer von sich selbst behaupteten Armut, die Großkonzern in bezug auf die Bekämpfung hauptsächlich der Gewerkschaften alles leisten können, ist nicht mehr zu überbieten. Die Gelder werden natürlich verschiedenartig verwendet.

Verwendet werden sie aber ausschließlich zur Bevorzugung der „Werksfriedlichen“, also der Gelben und Stahlhelmer.

Zunächst ist es die Form der Bräme, die in der Regel nur den Mitgliedern der Werks- und Knappenvereine in erhöhtem Maße und völlig willkürlich zugesprochen wird.

Eine besondere Rolle spielt die geistige Kost.

Eine Flut gelber Werkszeitungen.

die völlig unentgeltlich verbreitet werden, ergießt sich über die Belegschaften. Gespart wird dabei nicht, die leichteste Kost ist auf desto besseres Papier gedruckt. Die Mitarbeiter sind nicht billig. Um im Zeitalter der Technik und des Verkehrs die „Auserlesenen“ in den Genuss des „Weltbilds in bestimmten Grenzen“ gelangen zu lassen, werden Werksreisen unter „fachkundiger“ Führung veranstaltet. Nur wer sich besonders gut bewährt hat, das heißt, wessen Gesinnung „erprobt“ ist, kommt mit.

Um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß man da ist und auch wächst, werden jährlich in den verschiedensten Revieren die wegen des Freibiers so beliebten

„Treudeutschen Knappenfeste“

veranstaltet. Hierzu kommen die ganz Großen, Leopold, Rademacher u. a., steigen herab zum gemeinen Kohlenbocke und predigen Frieden. Weil an solchen Tagen aus begreiflich begeisterter Stimmung die Kumpels alles glauben, lassen es sich die Konzerne an diesen Tagen etwas kosten. Unzählige Lastautos und Werkskapellen werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Auch hier Gelder im Überfluß.

Ein besonderes Kapitel bilden die

„Gegenmorgensischen Schulungsturse“.

In enger Verbindung mit dem „Dima“ sollen in zum Teil wochenlangen Kurien „hoffnungsvolle Anwärter“ zu Funktionären der Gelben gezüchtet werden. Es gelingt zwar nicht in allen Fällen;

aber die aufgewandten Gelder sind ganz enorm. Der Lohn wird weiter bezahlt, außerdem Speise und Beförderung. Noch enormer sind die Kosten für die Lehrer, von denen nur einige genannt seien: Paris, Dr. Stadler, Dr. Theller, Leopold, Dr. Stüdders, Dr. Eise, Kortum u. a. m. Alles deutsch-nationale Männer und Stahlhelmer. Die Oberleitung liegt in den bewährten Händen des Braunkohlenindustrievereins Halle.

Daneben wird von den als Syndikats bei den Arbeitgebern wirkenden, durchweg ehemals kolonialen Offizieren, auf Kosten der Braunkohle, in den Belegschaften der Stahlhelmergeist großgezogen.

Auch der Sozialpolitik wird gebadet. Rassen von Subskriptoren, deren Inhalt sich gegen die Sozialversicherung, gegen die Knappschaft und deren Leitungen richtet, werden gleichfalls auf Werkskosten hergestellt und verbreitet.

Zieht man ziffernmäßig die Kosten für die angeführten Positionen zusammen, dann steht fest, daß die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie in den letzten Jahren

Millionenbeträge an Korruptionsgeldern

zur erfreulicherweise erfolglosen Bekämpfung der Gewerkschaften aufgewendet hat.

Man muß das gerade jetzt in Erinnerung bringen, wo die mitteldeutschen Bergbau-Industriearbeiter um eine menschenwürdige Entlohnung kämpfen.

Die Braunkohlenindustrie hat sich selbst ihre Zahlungsfähigkeit für höhere Löhne bewiesen. Die zuständigen Regierungsstellen sollten, wo sich nur die Möglichkeit bietet, den Konzerngewaltigen recht tief in die Bücher gucken.

Die Verbrecher von Moskau.

Sie wollen den Bürgerkrieg in Oesterreich provozieren.

Das Organ der Rechtskommunisten „Gegen den Strom“ schreibt unter der Überschrift „Ein zynisches Abenteuer“ das Folgende über die verbrecherischen Pläne der Moskauer Drahtzieher in Oesterreich:

„Es ist zu spät, soll jeder Kommunist davon wissen und bemüht sein, es zu verhindern: die Komintern bereitet ein zynisches Abenteuer vor. Sie proklamiert in Oesterreich den bewaffneten Aufstand als unmittelbare Tagesaufgabe.“

In der ganzen Internationale gibt es wohl keine kommunistische Partei, die von den Arbeitermassen ihres Landes so vollständig isoliert ist wie die österreichische. Diese Partei schlägt im luftleeren Raum um sich, sie trifft darum immer wieder nur sich selbst. Die Partei hat nach offiziellen Angaben noch etwa 2500 Mitglieder, vor zwei Jahren hatte sie 5000. In keinem einzigen Großbetrieb besitzt sie nennenswerten Einfluß. Tag für Tag brechen andere ihre Organisationen und Betriebszellen zusammen.

In den vergangenen zwei Wochen fanden in Oesterreich Reichskonferenzen sämtlicher Gewerkschaften statt (die österreichischen Gewerkschaften haben dreieinhalb Millionen Mitglieder), die von vielen tausenden Betriebsleitern besucht waren. Auf keiner einzigen dieser Konferenzen ist ein Mitglied der KPD. aufgetreten, unter tausenden Betriebsräten konnte die KPD. nicht in Erscheinung treten! Das ist die Photographie ihres „Rasseneinflusses“.

Dieser im Zerfall begriffenen Partei steht eine Sozialdemokratie gegenüber, die mehr als 700 000 Mitglieder hat. Die Versammlungen die von der SD. in den letzten Wochen veranstaltet wurden, waren überfüllt. Die SD. berief für den 3. November 1929 zwei Versammlungen in zwei großen Wiener Arbeiterbezirken ein, in der einen waren 21, in der anderen 50 Teilnehmer.

Diese Tatsachen — sie liegen sich ohne Ende fortzuführen — mußten zunächst berichtet werden. Denn — es ist wahr, buchstäblich wahr! —

dieser KPD. hat die Komintern die Linie des bewaffneten Aufstandes als unmittelbare Tagesaufgabe gegeben!

Einer Partei, die ein Drittel Prozent der organisierten Arbeiter ihres Landes erfährt, die weniger als ein halbes Prozent der organisierten Arbeiter hinter sich hat! Einer Partei, die gerade im Zerfall begriffen ist! Einer Partei, die in den Gewerkschaften, in den Großbetrieben, in den Massenorganisationen überhaupt keinen, nicht den geringsten Einfluß besitzt. Einer Partei, der eine „Arbeitermasse“ zur Seite steht, die 400 bis 600 (!) Mitglieder hat!

Nein, es ist kein parodistischer Spaß, es ist blutiger, im wahrsten Sinne des Wortes blutiger Ernst: diese Partei soll in den unmittelbaren, bewaffneten Kampf um die Macht eintreten.

In den letzten Wochen hat sich die Lage in Polen noch schärfer zugespitzt als in Oesterreich. In Polen ist der Faschismus zur direkten Verfolgung des Parlamentarismus, des „Sejm“, übergegangen. In Polen — an der Grenze der Sowjetunion, bei der Existenz einer trotz aller Krisen in den Massen zutiefst verwurzelten KP. von Massencharakter, bei der außerordentlichen Gefährlichkeit der national-revolutionären Massenbewegung für den Bestand des Landes usw. — hat die Komintern keine einzige der für Oesterreich dekretierten „Aktionsmaßnahmen“ ausgegeben. Weil in Oesterreich nicht viel zu verlieren ist, weil die KPD. ein Trümmerhaufen ist, weil es eben das kleine Oesterreich und nicht das bedeutungsvolle Polen ist, riskiert man gerade dort das zynische Abenteuer.

Hier wird ein zynisches Abenteuer, ein beispielloses Putsch-abenteuer versucht.“

(Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geber; Wirtschaft: G. Altinghölzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Familien: R. S. Polster; Verlags- und Kontingents: Erik Karst; Anzeigen: H. Gade; sämtlich in Berlin. Verleger: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Carl Geber u. Co., Berlin SW. 68. Einzelhefte 2. Hierzu 4 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengenabgabe vorbehalten. Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Billige Lebensmittel

<h2>Frisches Fleisch</h2> <p>Querrippe Pfd. 0.80 Gulasch Pfd. 0.95 Rinderkamm u. -Brust Pfd. 0.90 Schmorfleisch mit Knochen Pfd. 1.10 ohne Knochen 1.30 Roastbeef mit Knochen Pfd. 1.10 Frische Rinderzungen Pfd. 1.20 Gehacktes Pfd. 0.85 Liesen Pfd. 1.10 Kalbskamm u. -Brust Pfd. 0.86 Kalbsnierebraten Pfd. 0.92 Kalbskeule ganz u. geteilt, bis 3 Pfd., Pfd. 1.10 Kalbsschnitzel Pfd. 2.20 Schweinekamm Blatt und Rücken mit Beilage, Pfd. 1.25 Schweineschinken mit Beilage, Pfd. 1.30 Käbler mild gesalzen Pfd. 1.32 Prima Gefrierfleisch Rinderkamm u. -Brust Pfd. 0.80 Hammelvorderfleisch Pfd. 0.86 Hammelrücken Pfd. 0.95</p>		<h2>Obst u. Gemüse</h2> <p>Eß- u. Kochäpfel Pfd. 0.10 Tafeläpfel Pfd. 0.18 Boskop-Rennetten 0.20 Tirol. Edelrot 2 Pfd. 0.35 Kochbirnen 2 Pfd. 0.25 Eßbirnen 2 Pfd. 0.25 Graubirnen gr. boh. 0.18 Mandarinen Pfd. 0.45 Treibhausweiln Pfd. 0.88 Möhren, gewaschen 0.05 Weißkohl gan., Pfd. 0.05 Rotkohl Holst., Pfd. 0.07 Wirsingkohl Holst. 0.07 Sellerie Pfd. 0.12 0.20 Zwiebeln 3 Pfd. 0.20 Blumenkohl Kopfv. 0.35 an Rosenkohl Pfd. 0.30 Schwarzwurzeln 0.30</p>		<h2>Kolonialwaren</h2> <p>Bruch-Reis gek. 0.20 Moulmein-Reis Pfd. 0.30 Viktoria-Erbse Pfd. 0.22 Grüne Erbsen Pfd. 0.24 Linsen Pfd. 0.24 Kartoffelmehl Pfd. 0.21 Auszug-Mehl Pfd. 0.24 Hartgrieß Pfd. 0.27 Eier-Schnittnud. Pfd. 0.48 Eier-Fadennud. Pfd. 0.48 Italienisch. Makkaroni u. Spaghetti 1-Pfd.-Pak. 0.75</p>		<h2>Geflügel u. Wild</h2> <p>Suppenhühner Pfd. von 0.98 an Junge Brauhühner Pfd. von 1.10 an Puten Pfd. von 1.10 an Tauben Stück von 0.78 an Enten Pfd. von 1.28 an Hasen gestreift u. ausgeworfen, Pfd. 1.05 1.30 Kaninchen gestreift u. ausgeworfen, Pfd. von 1.28 an Brat- u. Fettgänse (jeine oder brucher) billigst</p>			
<h2>Wurstwaren</h2> <p>Blut- u. Leberwurst kalt 0.70 Dampfwurst Pfd. 0.95 Fleischwurst Pfd. 1.15 Süzwurst Pfd. 1.15 Wien. Würstchen Pfd. 1.20 Hausm. Leberwurst 1.25 Mettwurst (Gr. Art) 1.45 Jagdwurst Pfd. 1.45 Filet- u. Schinkenw. 1.65 Teiwurst Pfd. 1.80 Feine Leberwurst 1.80 Zervelat u. Salami 1.80 Speck fett 1.35 mager 1.60 Schinkenspeck Pfd. 1.95 Nusschinken ca 2 Pfd. 2.10 Königste. Kaiserlicher Str. Mieritzpl. Landleberwurst Pfd. 0.95 Knoblauchwurst Pfd. 1.15 Polnische Wurst Pfd. 1.45 Bierwurst Pfd. 1.45</p>		<h2>Käse</h2> <p>Camembert vollfett 0.22 Limburger kg. 0.56 1.05 Steinbuscher 0.68 1.05 Edamer Pfd. 0.72 1.05 Holländer Pfd. 0.72 1.05 Tilsiter Art ohne Rinde, Pfd. 0.75 Brie vollfett Pfd. 0.92 Tilsiter vollf., Pfd. 0.98 Münster vollfett, Pfd. 1.10 Emmentaler Art ohne Rinde, Pfd. 1.15 Schweizer gan., Pfd. 0.92 bayr., vollf., Pfd. v. 1.25 an</p>		<h2>Kaffee</h2> <p>Konsum-Misch, Pfd. 2.00 Haushalt-Misch, Pfd. 2.60 Sonder-Misch, Pfd. 3.00 Olympia-Misch, Pfd. 3.40 Globus-Misch, Pfd. 3.80 Spezial-Mischung 50% Bohnenkaffee, Pfd. 0.65 40% 1.05 Gebrannter Roggon u. Gerste Pfd. 0.22</p>		<h2>Fische</h2> <p>Dorsch Pfd. 0.12 Bratschollen Pfd. 0.30 Kochschollen große Pfd. 0.55 Goldbars ohne Kopf, ganze Flache, Pfd. 0.28 Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. 0.32 Schellfisch ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. 0.32 Zander frischer Pfd. von 0.58 an Grüne Heringe Pfd. 0.68 Lebende Karpfen Pfd. von 1.05 an Lebende Hechte Pfd. von 1.15 an</p>			
<h2>Räucherwaren</h2> <p>Fettbücklinge 0.38 0.45 Sprotten Klutchen 0.58 Bücklinge feinstückig, Pfd. 0.58 Rotbars i. Stücken, Pfd. 0.65 Fleckerlinge Pfd. 0.65 Seelachs in Stücken, Pfd. 0.68 Lachs in Stücken, Pfd. 1.48 an Räucheraale Band 0.28 an Spickaale feine, Pfd. 2.65 an</p>		<h2>Fette</h2> <p>Margarine Pfd. 0.50 Kokosfett 1 Pfd.-Tafel 0.50 Schweineschmalz 0.70 Molkereibutter Pfd. 1.80 Tafelbutter Nr. 1.90 2.04 Dänische Butter Pfd. 2.18</p>		<h2>Konserven</h2> <p>Jg. Erbsen 1/2 D. 0.42 0.70 Kaiserschoten 1.65 Leipziger Allerlei 0.90 Gem. Gemüse mittelfein 1.15 Brech- u. Schmitzbohnen 1 0.75 Bruchspargel mittel 2.75 Bruchspargel extra 2.95 Stg.-Spargel mittel 2.90 Stg.-Spargel sehr stark 3.00 Spinat 1/2 Dose 0.58 Kohlrabi i. Stücken, mit Salz 0.65 Sellerie in Schichten 1.00 Santgurken 2 1/2 Kilo 1.75 Pflaumen mit Stein 0.82 Pflaumen ohne Stein 0.80 Stachelbeeren 0.95 Mirabellen 1.00 Pflirsche kalifornische 1.45</p>		<h2>Tee</h2> <p>Ceylon II 1/2 Pfd. 1.25 Indien 1/2 Pfd. 1.55 China 1/2 Pfd. 1.70 Ceylon 1/4 Pfd. 1.85 Darjeeling 1/4 Pfd. 2.00</p>		<h2>Wein</h2> <p>Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas Rennet-Äpfelwein süddeutscher, vom Faß, Liter 0.58 1928 Gleiszeller Kirchberg Tischwein 0.90 San Antonio milder Rotwein 0.95 1928 Dittelsheimer Klappberg guter Rheinhesse 1.00 Malaga Gold u. Wermut „Evisa“ 1.40 1928 Liebfraumlich (blaue Kapsel) sehr ansprech. 1.50 1928 Clottener Rosenberg frischer Mosel 1.50 1923 Beaujolais Fleurie lieblicher Burgunder 1.50 1922 Chät. Cap de Haut Wachtal Lessee, Bord. 2.00 1927 Niersteiner Domtal pikanter Rheinhess 2.00 Dtsch. Weinbrand ** u. Halb & Halb mit Flasche 3.80 Wein vom Faß zu billigen Preisen</p>	

Letzte Stadtverordnetenversammlung aufgelöst!

Kommunisten provozieren, Lange bewaffnet sich, stürmische Auftritte.

Auch die letzte Stadtverordnetenversammlung, die vor den Kommunalwahlen noch möglich geworden war, ist nun im Tumult aufgelöst.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung brachte der Vorsitzende, Genosse Hah, eine ganze Anzahl Dringlichkeitsanträge der verschiedensten Parteien zur Kenntnis.

Die Feststellung des Abends, daß die Kommunisten mit diesem Antrag den wahren Zweck ihres Vorgehens gegen Brolat enthüllt hätten, scheint einsehbarer ernüchternd in der SPD-Zentrale gewirkt zu haben.

Diese kommunistischen Anträge wie auch noch einige andere fanden den Widerspruch des Hauses, so daß sie geschäftsordnungsmäßig in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden.

Die kommunistischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge nahm Stadtverordneter Wisniewski (Komm.) zum Anlaß zur Geschäftsordnung die sofortige Behandlung zu beantragen.

stellen, daß im Erwerbslosen-Ausschuß niemand von den Kommunisten eine Begründung zu den Erwerbslosenanträgen gegeben habe.

das unerhörte Vorgehen der Kommunisten in Sachen der Erwerbslosen

fest. Die sofortige Behandlung der kommunistischen Erwerbslosen-anträge wurde daraufhin gegen die Antragsteller abgelehnt.

Man verlangte, daß Schwent die Beleidigungen Langes zurücknehme.

Genosse Klatow: Ich stelle fest, daß die Kommunisten bei den letzten Klare-Debatten stets gegen die Beschränkung der Redezeit gewesen sind.

Die sozialdemokratische Fraktion wird die Kommunisten an ihrer eigenen Dummheit scheitern lassen.

(Bravo! bei den Soz.) Die bevorzugte Behandlung der Anträge wurde abermals abgelehnt.

Die Fortsetzung des Schlußwortes zu dem kommunistischen Nichtrausensantrag gegen Böh gestaltete sich äußerst dramatisch.

Es war selbstverständlich, daß unsere Parteigenossen die Zurücknahme der Beschimpfungen verlangten, aber ebenso selbstverständlich war es bei einem Lange und bei seinen Fraktionsgenossen, daß sie dieses Mindestmaß von persönlicher und politischer Anständigkeit nicht aufbrachten.

Lange wurde durch die ziemlich stürmischen Zurücknahme-Rufe unserer Genossen völlig am Reden verhindert.

einem einzigen Schladtrup keine Leute gegen Slowaken, Ungarn und Gendarmen führte.

Am Montag Morgen begannen sie mit ihren blühenden Sensen die Arbeit. Der Oberkojal führte die Reihe.

So hatten sie noch nie geschafft, wie in diesem Sommer. Der Oberkojal leuchtete mit rabenschwarzen Armen und verschwiegener Miene vorn, als jitzerte sein ganzer zurückgedämmter Zorn im Sen'engriff.

Furchtbare Hitze setzte ein. Die Fata Morgana lockte über der Ebene von Respekt. Die Tage zogen sich unendlich in die Länge über der glühenden Gegend, und die franken Sterne der allzu heißen Nächte glimmten kaum.

Unsere Prüfungen waren lang vorher: die Hundstage kamen.

Am Wirtschaftshof und auf den Hüben ringsum begannen die grässlichen Dreschmaschinen zu brummen. Wochen vergingen, heiße Wochen. Die Kosaken arbeiteten noch immer, in verdorrter Haut.

Es war schon im August, als sie endlich zu Atem kamen. Ernte, Dreschen, Einräumen war zu Ende.

Am oberen Tischende sah wie gewöhnlich der Oberkojal, mein Vater und der bärenkräftige Georg Rajska führten mit lauter Stimme Berrechnung.

dann wieder: „Konfordat“, dann „Abbau der Erwerbslosenversicherung“ und schließlich: „Streikbrecher Ulrich“: Aber er drang nicht durch.

Als unsere Parteigenossen immer stürmischer die Zurücknahme der Beleidigung forderten, schloß schließlich der Vorsitzende kurzerhand die Sitzung.

Diese letzte Sitzung der Stadtverordneten vor den Wahlen hat im ganzen 35 Minuten gedauert. Das Verhalten der Kommunisten, die im trauten Verein mit den Deutschnationalen die politische Ausbeutung der Beiträgerlein der Gebrüder Klare für wichtiger hielten als die Erledigung dringender Anträge und Vorlagen, haben den vorzeitigen Abbruch der Sitzung veranlaßt.

Lange droht mit Waffen.

Während der Rede des Kommunisten Lange hatten sich seine Parteifreunde in seiner unmittelbaren Nähe gruppiert.

Frau Bankdirektor muß ins Gefängnis.

Der alte Vater schuldig im Irrenhaus.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Potsdam fand der Prozeß gegen die beiden Töchter des 80jährigen Oberamtmannes a. D. Steinbarth aus Werder wegen Freiheitsberaubung statt.

Die beiden Angeklagten, Frau Rospohl und Frau Kleinsinger, hatten mit Hilfe eines ärztlichen Mitestes die Ueberführung ihres Vaters in eine Irrenanstalt veranlaßt, da er nach ihren Behauptungen seit Jahren maßlos gequält habe.

Verkehrsunglück in Berlin W.

Nacht Leicht, zwei Schwerverletzte.

In der Potsdamer Straße fuhr ein Straßenbahnzug an einer Haltestelle auf einen zweiten Straßenbahnzug auf.

Johann Komárami: Ate, Kosaken! Aus dem Ungarischen von Alexander von Sachse-Maroeh

Der Oberkojal stieß mit dem Finger an die Hufkrempe. Brugos blieb im Hof stehen; der Alte stand droben in der Vorhalle.

Ich komme zu Ihnen, Michael, weil man nächste Woche mit der Ernte beginnen mußte.

Der Oberkojal stand reglos droben in der Vorhalle und hörte sich jedes Wort ruhig an.

Nach am gleichen Nachmittag ging der Oberkojal zu Urgroßvater hinüber und blieb lange bei ihm.

Sie kamen vereinzelt aus allen Windrichtungen. Und sie redeten wenig, als schämten sie sich, daß sie den Oberkojal'n im entscheidenden Moment so verlassen hatten.

Der erwähnte nichts über die Weisung, daß sie am nächsten Montag auf den grässlichen Feldern mit der Ernte beginnen würden, wie immer um diese Zeit.

Der Oberkojal entließ sie. Als sie fort waren, leuchtete er tief auf.

zu singen: wilde, aufpeitschende Gesänge. Und plötzlich sprangen sie auf, schwingen ihre bleiernen Stöcke über den Köpfen, hieben in den Rauch hinein und begannen im Kreise zu tanzen.

Das ganze Haus dröhnte...

Kosaken, Kosaken! Ich sehe euch an, fast aus der Ferne eines Menschenalters. Und Wehmüt und Rührung fällt in mein Herz, während ich zu euch zurückkehre, die ihr mir schon aus den Nebeln einer anderen Welt zuwinkt.

Die Kosaken tanzten noch immer, mit bebenden Stößen, stampfenden Füßen, und sie fluchten laut auf die Herren.

(Fortsetzung folgt.)

„Der Traum ist zu Ende.“

Stelltschil wegen Totschlag zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt

Das Landgericht III verurteilte den Maschinenführer Joseph Stelltschil, der am 20. März auf der Stolper Heide seine Braut Hella Ulrich durch zwei Schüsse tötete und hinterher sich eine Kugel in den Kopf jagte, wegen Totschlags und unbefugten Waffengebrauches zu fünf Jahren zwei Wochen Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Der Sechszwanzigjährige wird dieses Urteil wohl mit demselben äußerlichen Gleichmut hinnehmen, mit dem er die Gerichtsverhandlung verfolgte. In Wirklichkeit trägt er schwer an seiner Tat. Sanitätsrat Dr. Beppmann mag recht gehabt haben, als er den Angeklagten als ganz besonders sensiblen Menschen bezeichnete, dessen knabenhafte Sexualität ein Liebesleben voll Konfliktmöglichkeiten besonders gut herauszubekommen geeignet sei. Die Tat, sagte Dr. Beppmann, sei im Zustande einer Affektspannung geschehen. Der Angeklagte blieb aber dabei, daß er sich auf nichts Besonnenes könne. Weder die Zweifel, die der Sachverständigen in bezug auf diese angebliche Erinnerungslücke zum Ausdruck brachte, noch die Vorhaltungen des Vorsitzenden, er möge sein Gewissen erleichtern, fruchteten etwas. Trotzdem Mutter, Schwester und Schwager der Getöteten, seine Wittin und seine Arbeitskollegen ihm das beste Zeugnis ausstellten, wählte das Gericht die verhältnismäßig hohe Strafe von fünf Jahren. Wäre er gefählig gewesen und hätte er seinen Seelenzustand geschildert, der, verursacht durch das Hin- und Herbewandern seiner Braut, ihn zur unersichtlichen Tat geführt hat, so wäre er vielleicht mit weniger als fünf Jahren weggekommen. Hoffentlich entläßt ihn das Gefängnis als den gleichen fleißigen, tüchtigen und soliden Arbeiter, der er bis zum Augenblick seiner Tat gewesen.

Keine Gefährdung der Bauausstellung.

Programmgemäßer Verlauf der Vorbereitungsarbeiten.

Zu der von einem Berliner Mittagsblatt gebrachten Nachricht über die angebliche Gefährdung der Bauausstellung erklärt die Geschäftsführung, daß diese Nachricht völlig unzutreffend ist, daß vielmehr die Vorbereitungsarbeiten zur Deutschen Bauausstellung durchaus programmgemäß verlaufen, und daß die Nachrichten über das Abdrücken einiger Verbände von der Ausstellung unrichtig sind.

Der Bund Deutscher Architekten hat seine Bereitschaft zur Mitarbeit ausdrücklich bestätigt. Der Verband Deutscher Architekten und Ingenieur-Bereine hat durch ein Schreiben vom 1. November seine Bereitschaft zur Mitarbeit unter Forderung maßgeblicher Beteiligung bei Disposition und Durchführung der Ausstellung ebenfalls bestätigt und war erst kürzlich bei einer Fachauschuss-Sitzung der Ausstellung vertreten. Ueber die Zusammenarbeit mit den Architekten-Verbänden ist mit der Geschäftsführung des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Bereine schon vor mehreren Tagen eine Besprechung seitens der Geschäftsführung der Ausstellung vereinbart worden.

Die Unterlagen der Sklarek-Sache.

Eine Erklärung der Justizpressestelle.

Die Justizpressestelle teilt mit: Die Behauptung eines Teiles der Presse, die Staatsanwaltschaft habe sich bei Bearbeitung der Sache Sklarek in den letzten Tagen gezwungen gesehen, sehr energisch von einer bestimmten städtischen Dienststelle Unterlagen zu verlangen, die bisher noch immer nicht herbeigekämpft seien, ist unrichtig. Der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter sind niemals im Laufe der Ermittlungen Schwierigkeiten von dem Magistrat Berlin oder einer sonstigen Behörde bei Heranschaffung von Beweismaterial bereitet worden. Im Gegenteil haben sich sämtliche Dienststellen des Magistrats sich bemüht, allen Wünschen der die Untersuchung führenden Behörden mit der größten Schnelligkeit und Gewissenhaftigkeit nachzukommen.

Bürgermeister Scholz hat mit seiner ständigen Vertretung in Krankheits-, Abwesenheits- und sonstigen Behinderungsfällen den Stadtrat Genossen Wuyty beauftragt. Stadtrat Wuyty gehört dem Magistrat seit November 1920 als beurlaubtes Mitglied an.

Das Lügenpad.

Die „Rote Fahne“ vom 14. November behauptet, daß sich der Dezerent für das Siedlungs- und Wohnungswesen, Stadtrat Genosse Czerninski, eine Neuzimmerwohnung eintische, und daß dadurch zwei Wohnungsuchende unberücksichtigt bleiben müßten. Stadtrat Czerninski erklärt hierzu, daß er seit langem eine Dreieinhalbzimmerwohnung bewohnt und beabsichtigt, in einem neuen Baublock, der ohne Hauszinssteuermittel und ohne Zusagehypothek errichtet wird, eine Dreieinhalbzimmerwohnung zu übernehmen.

Strafantrag gegen die „Deutsche Zeitung“.

Der Städtische Nachrichtendienst teilt mit: Die „Deutsche Zeitung“ brachte in ihrer Ausgabe vom 1. November einen Artikel, in dem dem Städtischen Lange wegen seiner Umföhrung in beleidigender Weise Vorwürfe gemacht wurden. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters hat gegen den verantwortlichen Schriftleiter Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung gestellt. Bürgermeister Kohl wurde am Donnerstag von der Staatsanwaltschaft vernommen. Gegenüber den kommunistischen Angriffen hat Kohl bereits vor dem Sklarek-Ausschuss des Preussischen Landtages erklärt, daß seine Beziehungen zu den Sklareks lediglich gesellschaftlicher Natur gewesen sind und er die Gelder zu dem Bau seines Hauses nicht von den Sklareks erhalten hat.

Margolin aus der Haft entlassen.

Vor dem Untersuchungsrichter fand ein Haftprüfungs-Termin für den kürzlich wegen großer Betrügereien und Wechselkäufungen in Haft genommenen 62-jährigen Kaufmann Josef Margolin statt. Bekanntlich hatte R. Wertpapiere in Höhe von mehreren hunderttausend Mark, die von der Bankföhrerin Oppermann bei einer Berliner Großbank unterschlagen worden waren, vermerkt. Außerdem hat er Wechsel auf den Namen eines sehr bekannten Berliner Frauenarztes aus der Potsdamer Straße gefälscht und in den Verkehr gebracht. Seine Verteidiger begründeten eingehend ihre Anträge auf Haftentlassung und boten zur Sicherheit eine Kaution von 5000 Mark an. Der Staatsanwalt widersprach zunächst energisch der Haftentlassung und verwies darauf, daß Margolin im Jahre 1910 anlässlich eines Hochstapelerprozesses zusammen mit seiner

Dem Wohl der Jugend.

Aus der Arbeit von Berlin-Mitte.

Wie in der Zeit nach dem Kriege die Berliner Stadtverwaltung sich um die gesundheitliche und erzieherische Betreuung der Jugend bemüht hat, ist im „Vorwärts“ oft gezeitelt worden. Die Sorge für eine gedehliche Entwicklung des Nachwuchses ist ein wichtiger Teil der Volkswohlfahrtspflege, und Auswendungen für die Jugend gehören zu den besten Kapitalanlagen, die eine Gemeinde machen kann. Das von den Deutschen Nationalen kommende Gesetz über Verschwendung, die nach ihrer Behauptung dabei von der Stadt getrieben werde, ist durch die Tatsache ohne weiteres zu widerlegen. Gerade in der Jugendpflege hat Berlin mit größter Mühe eine Reihe wertvoller Einrichtungen zu schaffen verstanden, von denen reichlicher Segen ausgeht.

Ein lehrreiches Beispiel für diese Arbeit sehen wir in dem Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte, der zwar das Geschäftsquartier des alten Berlin umschließt, aber unter seinen Einwohnern viele Unbemittelte hat. Die für die Jugendpflege erforderlichen Häuser und Räume sind hier besonders schwer zu beschaffen, weil im Stadtkern bei der Höhe der Grundstückspreise der Ankauf eines Hauses oder die Mietung von Räumen sehr kostspielig ist. Trotzdem hat der Bezirk Berlin-Mitte seine Jugendpflegeeinrichtungen nach und nach bereits auf vier Kindergärten, drei Kinderhorte und fünf Jugendheime vermehren können, deren Notwendigkeit übrigens durch starke Inanspruchnahme bewiesen wird. Diese Stätten der Jugendbetreuung sind mit bescheidenen Mitteln geschaffen worden, wobei man sich meist mit den in alten Gebäuden verfügbaren Räumen begnügen mußte, die zweckentsprechend umgestaltet wurden.

Im Harle Sandberger Straße 50 werden Räume eines früheren Kleinbürgerlichen Gasthofes zu einem städtischen Lehrlingsheim benutzt, das in 15 Zimmern 33 Lehrlinge aufnehmen kann. Bei diesem alte Gebäude betritt, wird überdacht davon sein, wie hübsch und nett darin alles eingerichtet worden ist. Hier finden die Lehrlinge ein behagliches Heim, das ihnen während ihrer ganzen Schreizeit als Herberge dienen kann und ihnen das Elternhaus ersetzen soll. In dem Hause werden auch Tagesräume zum Verweilen erworbener Jugendlicher bereit gehalten, und in den Abendstunden haben Jugendgruppen hier die Möglichkeit zu geselliger Besamensein. Mittags ist im Erdgeschoss ein „Ausgabestau“ der Kinderpeisung in Betrieb. Es ist eine Freude, zu sehen, wie dieser alte Bau für die verschiedensten Wohlfahrtsgewerke nutzbar gemacht worden ist. Nach völliger Erneuerung des Inneren präsentieren sich alle Räume sauber und freundlich. In anderer Art hat die Bezirksverwaltung das städtische Grundstück Streiber Straße 16 für die Jugendpflege verwendet. Auf dem reichlichen Hinterland errichtete sie ein billiges, aber gediegenes Fachwerkgelände, das Räume für einen Kindergarten mit 40 Schulkinder bietet. Der unbebaute Grundstüdtteil ist zu einem Spielplatz hergerichtet worden, auf dem die Kinder sich tummeln können. Die Räume werden mit der besten Farblichkeit ihrer Ausstattung die Kinder erfreuen. Eine aparte Schöpfung ist das

städtische Jugendheim in einem der Häuschen von Alt-Berlin, in dem Hause Waisenstraße 18, das ganz versteckt am sogenannten Außenwinkel nahe der Mauer des ehemaligen Klosterfriedhofs steht. Ein Schimmer von Romantik liegt über den sauber und hübsch wiederhergestellten Räumen des Häuschens, in denen es sich recht gemächlich verweilen läßt.

Außer den hier erwähnten Einrichtungen der Jugendpflege hat der Bezirk Berlin-Mitte noch Kindergärten in der Blumenstraße, in der Hirtenstraße und in der Köpenicker Straße, Kinderhorte in der Hirtenstraße und in der Köpenicker Straße, Jugendheime in der Tiefstraße, in der Zehdenicker Straße und in der Gildengassestraße.

Schulkinder als letzte Reserve.

Gewissenlose kommunistische Hehe!

Es muß sehr schlecht stehen um die kommunistische Sache, denn jetzt werden sogar die Kinder in den Dienst der Wahlhege gestellt. Bei dieser Tage eine Konferenz kommunistischer Kinder, wo auf den sozialdemokratischen Schulbezerntenten geschimpft wurde. Ein Wunder ist das nicht, denn der größte Teil der Kommunisten schickt seine Kinder in die christlichen Schulen. Wie die KPD sonst zur christlichen Schule steht, hat vor einigen Wochen erst der „Revolutionär“ lange in einer „Schwachen Stunde“ im Neustädter Bezirksparlament ausgeplaudert. Dort hat er vom Genossen Löwenstein mit viel Stimmenaufwand und unter dem Beifall der Bürgerlichen verlangt, daß er sich endlich auch einmal um diese Schulen kümmere. Wenn die auf dem Kongreß vorgebrachten Lügen wahr wären, müßte natürlich jeder, der es ernst mit seinen Kindern meint, sich hüten, sie in die weltliche Schule zu schicken. Was aber hat sich nun tatsächlich in Neustädten abgepielt?

1. Von der 6. weltlichen Schule wird berichtet, daß trotz des Protestes der Kinder ein Vers auswendig gelernt worden ist. Es handelt sich in diesem Fall um folgendes: Anlässlich des Todestages von Arno Holz hat der Lehrer das Gedicht: „So einer war auch er“ durchgenommen, und zwar ganz entsprechend der Tendenz des Gedichtes im Sinne der Beurteilung militäristischer Einstellungen. Von keinem Kind ist irgendein Einspruch nach Mitteilung der Schule erfolgt.

2. Von der 55.56. Schule wird behauptet, daß in der Schule Schwaben und Buzgen spazieren liefen. Wahr ist nur das, daß vor etwa vier Wochen eine Wanze in einer Klasse gesehen worden ist. Daraufhin ist eine gründliche Durchsicht und Reinigung erfolgt und es sind keine weiteren Wanzen gefunden worden. An Schwaben wurde nur ein einziges mal eine in einem Luftschacht gesehen. Es ist ferner unwahr, daß Quäckerbröötchen auf einer ausgehängten Klostertür serviert würden; wahr ist vielmehr, daß eine seit Jahren nicht mehr benutzte Tür auf Pföcke geleitet wurde, um Sachen darauf abzustellen. Für die Quäckerpeisung ist ein durchaus brauchbarer Raum hergerichtet.

Eltern, die ihr die Weltlichkeit des Schulwesens wollen, geht diesem Verleumdungsinfidel die Quittung und wählt am 17. November nur die Partei, die im Kampf um den Aufbau eines modernen, sozialen Schulwesens und um die weltliche Schule in vorderster Reihe steht: wählt sozialdemokratisch!

Freundin, der Kabarettfängerin Erna Fröhlich, nach Kückhond geflohen war und erst von dort ausgeliefert werden mußte. Schließlich wurde aber die Haftentlassung gegen Hinterlegung von 5000 Mark Kaution dennoch beschlossen.

Neue Mordspuren in Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. November.

Von der Kriminalpolizei wird mitgeteilt: Die bei dem Bauerngut Papendell gefundene Handtasche mit Inhalt wurde als Eigentum des seit dem 11. August 1920 als vermisst gemeldeten Hausmädchens Marie Hahn, geboren am 24. Juli 1900 in Bremen, festgestellt. Die Handtasche ist als Eigentum der Hahn von einem jungen Mann erkannt worden, der mit der Hahn verkehrte. Da auf dem Felde des Bauerngutes Papendell auch ein roter Strohhut gefunden wurde, den die Hahn beim Verlassen ihrer Wohnung am 11. August getragen hat, ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß sie dem Mörder zum Opfer gefallen ist. Wie die Ermittlungen ergeben, soll die Hahn mit der ermordeten Reuter befreundet gewesen sein. Die Ausgrabungen auf dem Felde des Bauerngutes Papendell werden weiter fortgesetzt.

War Wächter Schulz der Täter?

Er befreit es noch immer!

Der Wächter Richard Schulz, dessen Täterhoff auf dem Mord an der Schülerin Hildegard Jäpernick jetzt Gegenstand einer erneuten Untersuchung ist, hat bei allen Verhören, die die Kommission Werneburg-Quoch mit ihm anstellte, noch kein Geständnis abgelegt.

Schulz bleibt immer noch bei seiner Behauptung, daß sein Verhalten gegen das Mädchen und seine kleinen Geschenke lediglich harmlose Neuerungen des Wohlgefallens gewesen seien. Eine Reihe von Zeugen, die schon im August befragt wurden, sind jetzt erneut gehört worden, konnten ihren damaligen Aussagen aber nichts hinzufügen. Der Neubau, auf dem sich die Tragödie damals zutrug, ist inzwischen fertiggestellt und für die nächste Zeit auch bezugsbereit. Unter den dort tätigen Bauarbeitern herrscht gegen den Wächter eine starke Erbitterung, die sich vielleicht dadurch erklären läßt, daß Schulz durch sein hartnäckiges Beugnen andere mehr oder minder in die Angelegenheit mit hineingezogen hat. In Anbetracht dieser Erregung wird man auch nur dann einen Hofattermin an Ort und Stelle abhalten können, wenn polizeilicher Schutz für den Verhafteten in ausreichendem Maße vorhanden ist. Ueber die Zeit, zu der ein solcher Termin abgehalten werden soll, ist noch nichts Bestimmtes festgelegt. Die Vernehmungen der Zeugen aus den Kreisen der Arbeiter und Anwohner und die Verhöre des Wächters werden auch fortgesetzt.

Eine Kanarien-, Sing-, Ziervogel und Vogelschau-Ausstellung veranstaltete der Verein der Jäger oder Kanarien vom 16. bis 18. November in den Witz-Jestfälen, Schönhauser Allee 130.

Eine Führung durch die Parteiliche (Internat) macht Dr. Franz Eberer am Sonntag, dem 17. November, um 10½ Uhr, Neuer Markt.

„Die Lüge

als bewußtes Kampfmittel benutzen, wie es die Kommunisten in den Tageszeitungen tun, ist keine Lüge, sondern eine verfluchte reale Notwendigkeit.“ („Rote Fahne“ vom 19. August 1923.)

Arbeiter und Angestellte

denkt an diesen Ausspruch, wenn ihr am Sonntag, dem 17. November, zur Wahlurne schreitet. Denkt daran, wenn ihr kommunistische Zeitungen oder Flugblätter in die Hände bekommt.

Keine Stimme den Lügner!

Die Sozialdemokratie kämpft für politische Ehrlichkeit. Deshalb gilt gerade ihr der Haß der bewußten kommunistischen Lügner. Jede Stimme, die diesen zufällt, schädigt die Stadt Berlin und die Interessen jedes ihrer Wähler. Darum heißt die Parole für den Wahltag: Die Stimme der ehrlichen und vorwärtsstrebenden Wähler gehört der

sozialdemokratischen
Liste 1



„Wie machen Sie das nur?“

Den ganzen Tag arbeiten Sie so intensiv im Beruf, und trotzdem sind Sie das blühende Leben selbst.“ – „Sehr einfach: erstens eine Stunde Sport, zweitens acht Stunden tiefen Schlaf – und natürlich den coffeinfreien Kaffee Hag. – Sie wissen ja: Mehr Genuß und gute Gesundheit durch Kaffee Hag.“ –

Öffentliche Wählerkundgebungen

Freitag, 15. November:

Mitte. 19½ Uhr im Hof des Rosenhauser Hofes, Rosenhauser Straße 40/41, verbunden mit politisch-satirischen Vorführungen, unter Mitwirkung der Rezitatorin Martha John, Puggi Musik und der Sozialistischen Arbeiterjugend. Ansprache: Stadtverordneter Willi Kiese.

Tiergarten. 19½ Uhr im Raabiter Gesellschaftshaus, Dickschloßstraße 24. Referenten: Stadtverordnete Dr. Käthe Frankenthal und Stadtverordneter Karl Puhlig.

Wedding. 19½ Uhr in den Pharusälen, Müllerstr. 142. Referenten: Stadtverordneter Hugo Heimann und Stadtverordneter Johannes Hoff. — Pagenhofer-Ausschank, Chausseestraße 64. Referenten: Johannes Stelling, R. d. R., und Stadtverordneter Max Ulrich. — Schulaula Grünhauser Str. 5. Referenten: Bürgermeister Karl Leid und Stadtverordneter Gustav Blaschke. — Ewinemünder Gesellschaftshaus, Ewinemünder Str. 47. Referenten: Stadtverordneter Karl Klose und Stadtverordneter Alfred John.

Pankow. 19½ Uhr in Lindners Konzerthaus, Breite Straße, Marktplatz. Thema: Wirtschaftlicher und sozialer Aufbau Berlins nur durch die SPD. Referent: Bürgermeister Dr. Ostrowski.

Kreuzberg. 18½ Uhr Antreten zum Werbezug mit Musik und Fackeln Fontanepromenade. Anschließend Kundgebung unter freiem Himmel. Referent: Stadtverordneter Max Kreuziger.

Tiergarten 8. Abt. 19½ Uhr im Nationalhof, Bülowsstr. 37. Referent: Erich Ruttner, R. d. R. Filmvorführung: Freie Fahrt.

Siemensstadt. 20 Uhr im Lokal Heideberg, Nonnenbäumallee 89. Filmvorführung: Weg einer Proletarierin. Referent: Genosse Seling.

Wannsee. 20 Uhr im Lokal Reichsadler, Königstraße. Thema: Die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben in der Kommune. Referentin: Clara Bohm-Schuch, R. d. R.

Britz-Buckow. 20 Uhr im Lokal Dietrich in Buckow, Dorfstr. 1. Filmvorführung: Weg einer Proletarierin. Referent: Stadtverordneter Hermann Lempert.

Charlottenburg. Treffpunkt zum Werbezug mit Musik und Fackeln pünktlich 18½ Uhr am Friedrich-Karl-Platz.

Schöneberg. 20 Uhr in der Aula der Uhlenschule, Kolonnenstraße 22/23. Thema: Der Kampf um das rote Haus. Referent: Stadtbaurat Dr. Wagner. Ferner spricht Polizeioberst a. D. Hermann Schühinger über das Thema: Warum müssen Beamte, Arbeiter und Angestellte sozialdemokratisch wählen? — Öffentliche Wählerkundgebung in der Siedlung Lindenhof, Saal des Ledigenheims um 20 Uhr. Referent: Stadtverordneter Erich Platau.

Oberschöneweide. 20 Uhr im Lokal Blumengarten (Inhaber Gärtig). Referent: Stadtverordneter Dr. Siegfried Kaminer. — Vorher um 18½ Uhr Antreten zum Werbezug durch den Ort auf dem Marktplatz in Oberschöneweide.

Mariendorf. 20 Uhr „Raff“, Chausseestraße 305. Referenten: Landtagspräsident Friedrich Bartels und Jugendsekretär Bruno Böcke. — Vorher Antreten zum Werbezug um 19 Uhr am Uhlsteinhaus.

Treptow. 19½ Uhr im Viktoriagarten, Treptower Park 25/26. Referent: Stadtrat Karl Wermuth. — Vorher um 18½ Uhr an der Wiener Brücke Antreten zum Werbezug mit Musik.

Steglitz. 20 Uhr in der Aula der Oberrealschule, Eisenstraße. Referenten: Stadtrat Siegfried Hermes und Stadtverordneter Otto Klose.

Zehlendorf. Großer Werbezug mit Musik. Treffpunkt 18 Uhr Riemerstraße Ecke Schloßstraße. Für die Uhl-Zehlendorfer: Treffpunkt 19 Uhr Potsdamer Straße Ecke Neuestraße. Anschließend um 20 Uhr öffentliche Wählerkundgebungen im Lindenpark. Referenten: Genosse Wilhelm Dittmann, R. d. R., und im Kaiserhof Stadtrat Matern.

Baumgartenweg. 19½ Uhr in der Aula des Anzeigers, Baumgartenweg. Referentin: Stadträtin Clara Wenl.

Friedrichshagen. 20 Uhr im großen Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichstr. 137. Konzert, Gesang. Referent: Stadtrat Ernst Reuter. — Vorher Fackelzug durch die Straßen des Ortes. Treffen 19 Uhr am Bahnhof.

Weißensee. 19½ Uhr in der Stadthalle, Viktoriusstraße. Referent: Karl Witte, R. d. R., und Lehrer Otto Faust.

Hohenschönhausen. 20 Uhr in der Schulaula, Koederstraße. Referent: Stadtrat Karl Hehschold.

Niederschönhausen. 20 Uhr im großen Saal des Lokals Schloß Schönhausen, Lindenstraße. Referent: Stadtverordneter Siegfried Weinberg. — Künstlerische Umrahmung durch den Gesangsverein „Zukunft“. Pankow und Sprechchor Niederschönhausen.

Stankenburg. 20 Uhr im Lokal Klug, Dorfstraße 2. Referent: Stadtverordneter Hermann Amberg.

Kaulsdorf. 19½ Uhr bei Escherich, Alt-Kaulsdorf, Ecke Dorfstraße. Referent: Stadtverordneter Ernst Arndt. Unter Mitwirkung des Arbeiterlängerkhors „Freiheit“.

Karlshorst. Werbezug mit Musik und Fackeln. Sammeln um 18 Uhr Stolzenfelsstraße vor dem Lokal „Deutsches Haus“. Anschließend Wählerkundgebung im „Deutsches Haus“, Stolzenfelsstraße. Referenten: Stadtrat Franz Czeminski und Bezirksverordnete Eske Scheidenhuber.

Biesdorf. 20 Uhr in den Schilleräulen, Biesdorf-Nord, Königstraße 120. Referent: Stadtrat Stimming.

Mahlsdorf. 20 Uhr bei Anders, Bahnhofstr. 37. Referent: Stadtverordneter Dr. Richard Lohmann, R. d. R.

Tegel. 19½ Uhr in Logelort, Lokal „Zum Schwan“, Scharfbergstraße. Referenten: Stadtverordneter Heinrich Schäfer und Bezirksverordneter Hermann Wollschläger.

Morgen, Sonnabend, 16. November:

Mitte. Abmarsch zum Werbezug mit Musik und Fackeln um 16½ Uhr vom Artomplatz.

Tiergarten. Antreten zum Werbezug mit Musik und Fackeln um 18 Uhr Kleiner Tiergarten. — 8. Abt. Treffpunkt zum Werbezug um 17½ Uhr auf dem Dennewitzplatz.

Kreuzberg. 15 Uhr Abfahrt der Propagandaautos mit Musik von der Fontanepromenade.

Schöneberg. Treffpunkt zum Werbezug mit Musik um 19 Uhr auf dem Bariburgplatz.

Friedrichshagen. Großer Werbezug mit Musik um 17½ Uhr vom Büchingsplatz aus. Abmarsch pünktlich 18 Uhr. Genossen, sorgt für starke Beteiligung.

Reutshagen. Dritter Werbezug beginnt um 18 Uhr am Richardplatz. Treffpunkte der einzelnen Abteilungen: 89. und 90. Abt. 17 Uhr am Reuterplatz, 91., 94. und 95. Abt. 17½ Uhr am Boddinplatz, 92. und 93. Abt. 17½ Uhr am Herzbergplatz, 96., 97. und 98. Abt. 17½ Uhr am Richardplatz. Spitze nach dem Hohenzollernplatz, 99. Abt. Brig 17 Uhr Hannemannstraße Ecke Kungiusstraße (Idealbildung). Redner bei der Schlusskundgebung: Landtagspräsident Friedrich Bartels.

Lichtenberg. Großer Werbezug. Treffpunkt: Platz vor der Jugendbühne, Spitze Berlin. Abmarsch pünktlich 17½ Uhr. — Werbeausflug Lichtenberg. Sämtliche Arbeiter, Angestellte und Beamte der öffentlichen Verwaltungen, Anstalten und Betriebe im Bezirk Lichtenberg beteiligen sich kostenlos an dem Werbezug des Kreises Lichtenberg. Treffpunkt und Abmarsch: 17½ Uhr Platz vor der Jugendbühne, Spitze Berlin.

Pankow. Werbezug mit zwei Musikkapellen und Fackeln. Abmarsch 18 Uhr Pankow, Breite Straße, Marktplatz.

Tempelhof. 18½ Uhr Sammeln zum Werbezug am Ullsteinhaus. Anschließend Kundgebung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße. Referent: Stadtverordneter Dr. Siegfried Kaminer. — Die Radfahrer treffen sich um 15½ Uhr bei Pommerening, Berliner Str. 100. Eingeladen hierzu sind die Radfahrer der SPD, des Reichsbanners und von „Solidarität“.

Pankow und Lichterfelde. Treffpunkt zum Werbezug mit Musik um 18 Uhr Händelplatz in Lichterfelde. Anschließend Kundgebung auf dem Rathausplatz in Pankow. Referent: Stadtrat Wilhelm Reimann.

Johannisthal. 17½ Uhr auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz Konzert der Reichsbannerkapelle. Ansprache: Stadtrat Albert Horlich. Anschließend Fackelzug mit Musik.

Schmöckwitz-Eichwalde. 20 Uhr im Lokal Witte, „Waldschlößchen“, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Straße 1. Filmvorführung: Freie Fahrt. Referent: Stadtverordneter Reinhold Eichberg.

Kaulsdorf-Süd. 20 Uhr in der Schule, Ulmenstraße. Filmvorführung: Weg einer Proletarierin. Referentin: Frauensekretärin Käthe Kern.

Freie Scholle. 20 Uhr im Lokal „Schollenweg“. Referent: Stadtverordneter Hermann Amberg.

Reinickendorf-Ost. Treffpunkt zum Werbezug 18½ Uhr auf dem Rainenplatz.

Karow. 20 Uhr im Lokal Mays, Dorfstraße. Referent: Stadtrat Burthardt.

Buch. 20½ Uhr im Lokal Lange, Am Bahnhof. Referent: Karl Polenske. — Vorher um 18½ Uhr Antreten zum Werbezug mit Musik am Bahnhof.

Steglitz. Treffpunkt zum Werbezug mit Musik und Fackeln 18 Uhr auf dem Marktplatz, Düsselstraße.

Sonntag, 17. November:

Kreuzberg. Letzte Wählerkundgebung aller radfahrenden Parteigenossen, der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Reichsbannerkameraden und der Arbeiterportier. Treffpunkt: vormittags 10 Uhr Heinrichplatz.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Großverkaufspreise zu Serien-Preisen

Aus der Riesenzahl enorm billiger Angebote nur einige Beispiele:

Lederwaren	Der Triumph der Billigkeit	Haushaltwaren
Geldbörse für Damentaschen mit 2 Fächern, acht Saffian..... 0.50	Aermelplättbrett weiß bezogen... 0.50	Eierschrank für 16 Eier..... 0.50
Einkaufsbeutel Ledertuch..... 1.00	Kakteenbank 4 versch. Farben, 5 stufig 1.00	Federwäscheklammern 60-Kart. 0.50
Besuchstasche Vollerleder mit Vor- und Rückentasche..... 2.00	Satz Ascher 5-teilig Messing vernickelt... 1.50	Kaffeefilter Aluminium..... 0.25
Beuteltasche 20 cm Saffianbastard..... 5.00	Doppelgelenkpuppe m. Schlaufen ca. 50 cm lang 2.00	Schokoladenkanne mit Nischendeckel 1.00
Beuteltasche große elegante Form, Saffianbastard..... 7.50	Wasserkessel Alum. kältige Form 3 Ltr. 3.00	Handtuchhalter anschraub. m. Glasstangen vernickelt... 1.00
Abendtasche original franz. Brohat... 7.50	Plättbrett 160x26 cm weiß bezogen... 3.00	Putzkasten Buche, weiß lackiert..... 1.50
Besuchstasche pr. Vollrind m. Seidenfutter, 28 cm groß... 10.00	Waschkorb oval 70 cm la Weide... 3.00	Badzimmerschrank weiß lackiert mit Spiegel... 5.00
Handkoffer prima Autoduok m. Vollrindgriff, 70 cm..... 12.50	Besuchstasche prima Vollerleder, Wallnarbonburg, 20 cm, Seidenfutter 3.00	Kaffeesevice Messing vernickelt mit vernickelten Tablett..... 5.00
Galanterie u. Bilder	Nachttischbügellampe	Glas- u. Porzellan
Blumenvase 20 cm hoch, farbig Glas... 0.25	Elektr. Platte mit Zuleitung und Aufstellvorrichtung, V. D. E. 5.00	Kinderbecher Bunte Bilder..... 0.25
Postkartenrahmen polierte Leiste... 0.25	Druckfüller mit 14 kar. Goldfeder... 5.00	Bierseidel alle Größen..... 0.25
Blumentopf 12 cm Durchm., rein Messing 0.50	Mod. Stiluhr mit Wecker... 2.50	Löffelbecher Sonnenschliß Bleikristall... 1.00
Schreibzeug mit zwei Fässern, 29 cm lang, Lavinit..... 5.00	Besuchstasche prima Vollrind m. Seidenfutter, 28 cm groß... 10.00	Frühstücksgedeck breite farbige Ränder 1.50
Bijouterie	Haushaltwaren	Stahl- u. Nickelwaren
Perlkette mit buntem Zwischenteil..... 0.75	Gemüsemesser rostfrei..... 0.25	Tortenheber la Messing vernickelt im Etui 1.00
Manchettenknöpfe acht silberner Doppelknopf... 1.00	Aufschnittgabel 20 Gr Silberauslage im Etui..... 1.50	Obstmesser rostfrei Ebenholzgriff... 6 Stck 3.00
Chatelaine massiv Silberblech..... 3.00		
Zucker-Sahneservice m. Tabl. prim. Alpakka... 12.50		

MARSTADT U-BAHNHOF HERMANNPLATZ DER KARSTADT-BAHNHOF

Beamtenbanken.

Eine Zeitschrift des Beamten-Genossenschaftsverbandes.

Der Deutsche Beamten-Genossenschaftsverband bittet um Berücksichtigung einer ausführenden Zeitschrift, in der es heißt:

Die Zeitungsberichte über die in letzter Zeit vorgekommenen Zahlungseinstellungen der Berliner Beamten-Vereinigung, der Bank für deutsche Beamte und der Reichsbundbank L.G. haben erkennen lassen, daß in der Öffentlichkeit Unklarheiten über den Zweck und die Einrichtung der organisierten Beamtengegendwirtschaft herrscht.

Die genannten Geldinstitute standen bewußt außerhalb der organisierten Beamtengegendwirtschaft, die im Deutschen Beamten-Genossenschaftsverband (Revisionsverband) und dem Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund zusammengefaßt ist.

Die Mitglieder des Deutschen Beamten-Genossenschaftsverbandes bestehen in der Hauptsache aus Beamtenbanken, von denen bisher als zentrale Geldinrichtungen

die Deutsche Beamten-Zentralbank L.G., Berlin, die Zentralkasse Süddeutscher Beamtenbanken in Karlsruhe, die Zentralkasse nordwestdeutscher Beamtenbanken in Hannover tätig waren. Die Deutsche Beamten-Zentralbank L.G. stellt regelmäßig zweimonatliche Bilanzen auf, die der Reichsbank eingereicht und veröffentlicht werden.

Die drei genannten Zentral-Geldinrichtungen haben sich auf Grund des Beschlusses des außerordentlichen Verbandstages am 2. November d. J. zu einer Reichszentralkasse zusammengeschlossen, die in enger Verbindung mit dem Deutschen Beamten-Genossenschaftsverband arbeiten wird. Die Gründung kam nach monatelanger Beratung zustande und wird zweifellos zu einer Festigung der Beamtengegendwirtschaft beitragen.

Die statistisch erfaßten 78 Beamtenbanken vereinigen in sich heute weit über 250000 Mitglieder, aus allen Kreisen der Beamenschaft. Diese haben Ende 1928 aufgebracht an eigenem Betriebskapital, Geschäftsanteilen und Reserven rund 11 Millionen. Die fremden Mittel setzen sich am 31. Dezember 1928 zusammen aus:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Guthaben bei den Sparkassendepositen (51 177 114 RM), Spareinlagen (53 379 815), laufende Rechnung (7 250 449), Total (111 807 378 RM).

Diese Kapitalien wurden in der Hauptsache zur Gewährung von Darlehen an Beamte verwendet. Ausgegeben waren Ende 1928

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes an Darlehen (54 775 064 RM), in fdb. Rechnung (25 199 894), Hypotheken (4 651 071), Total (84 626 029 RM).

Durch Beschluß des Verbandstages Wiesbaden 1926 wurde für die angeschlossenen Beamtenbanken die jährliche Revision auf Grund einer eingehenden Revisionsordnung durchgeführt. Anfang 1926 erschienen Richtlinien für den gesunden und planmäßigen Aufbau der Beamtengegendwirtschaft, auf die bei jeder Revision hingewiesen wird.

Was der Tatsache, daß in letzter Zeit drei außerhalb der Reihe stehende beamtengegendwirtschaftliche Einrichtungen in Zahlungsschwierigkeiten gekommen sind, darf nicht gefolgert werden, daß die organisierte Beamtengegendwirtschaft keine Existenzberechtigung hätte.

Am Montag neue Beamtenbank.

Die Dresdener Bank teilt jetzt offiziell die Gründung der Spar- und Kreditanstalt für deutsche Beamte und Angestellte mit. Die Bank wird am 18. November in den alten Räumen und Depositionskassen der Bank für deutsche Beamte den neuen Geschäftsbetrieb aufnehmen. Der Vorstand der Bank sind die Herren Rapmund und Böhler. Durch Rundschreiben wurde den bisherigen Beamtenkunden der Bank für deutsche Beamte und der Reichsbund-Bank L.G. die Eröffnung mitgeteilt, so daß vom 18. ab Sparanlagen und Depositionen eingezahlt und Anträge auf Verorschaffung von Gehältern eingereicht werden können. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die neue Bank in keiner Rechtsbeziehung zu den beiden in Zwangsvergleich befindlichen Banken steht, so daß also die geschädigten Beamten gegenüber der neuen Bank keinerlei Rechte geltend machen können. Dem entspricht die Bemerkung des Kommunikés, daß eine Verorschaffung der in den beiden alten Banken befindlichen Spareinlagen und Depositionen nicht in Frage kommen kann.

Das Kommuniké behauptet, daß der Beamtenwirtschaftsbund mit seiner Beamtenzentralbank nicht zur Arbeit

Westkraft — ein neues Wunderwerk.

Spitzenleistung der roten Kommunalpolitik.

Während die Feinde der gemeindlichen Wirtschaft Gift und Galle verstreuen, vollendet die Stadt Berlin eine Spitzenleistung wirtschaftlicher und technischer Arbeit. Es handelt sich um ein neues Großkraftwerk, das, im Berliner Westen unmittelbar an der Spree, zwischen Siemensstadt und Spandau in der Mitte eines aufstrebenden industriellen Versorgungsgebietes gelegen, seiner Vollendung entgegengeht. Das Kennzeichen Berlins ist ein

unersättlicher Hunger nach elektrischem Strom.

Wir stehen im Zeitalter der Elektrifizierung. Die letzten Jahre haben in Berlin durchschnittlich eine Zunahme des Strombedarfs um 20 Proz. gebracht. Schon im Jahre 1927, als das große Kraftwerk Klingenberg, bereits ein Wunder der Technik, im Osten Berlins voll in Betrieb genommen wurde, war es den Sachleuten klar, daß in Kürze eine weitere Vergrößerung der verfügbaren Kraftwerksanlagen erfolgen müsse, um die Versorgung des Berliner Wirtschaftsgebietes mit elektrischer Energie sicherzustellen. So kam es zum Bau des gewaltigen Westkraftwerks.

Für die Wahl des Standorts war in erster Linie der Bedarf an Kühlwasser maßgebend. Der Dampf, der in Turbinen und Generatoren den elektrischen Strom erzeugt, muß wieder verdichtet, d. h. in Wasser zurückverwandelt werden, was mit Hilfe von Kühlwasser geschieht. Das Berliner Westkraftwerk braucht bei voller Belastung rund 48 000 Kubikmeter Kühlwasser pro Stunde.

In jeder Sekunde werden 14 Kubikmeter Wasser durch das Werk gejagt.

Das gibt ungefähr eine Vorstellung von dem neuen Giganten. Er wird im Vollausbau eine Leistung von nicht weniger als 224 000 Kilowatt haben. Das entspricht einem Stromverbrauch von 5 1/2 Millionen Glühlampen von je 40 Watt. Das Werk bringt auch eine Lösung der sogenannten Stromspitzenfrage. Es wird als Tagesgrundkraftwerk gebaut, d. h. es soll zur Deckung des am Tage vorhandenen durchschnittlichen Strombedarfs beitragen. Der mit den Tagesstunden wechselnde Anteil des Gesamtstrombedarfs, die sogenannten Stromspitzen, wird von anderen, kleineren Werken geliefert. Man glaubt damit endlich für die Befriedigung der Stromspitzen eine wirtschaftliche Lösung gefunden zu haben.

Im Kesselhaus des Westkraftwerks werden 8 Hochleistungsessel für die Dampferzeugung aufgestellt werden, von denen jeder eine Heizfläche von 2400 Quadratmetern haben wird. Es sind das die

größten Kessel, die bis jetzt in Europa gebaut worden

sind, ohne daß man sagen kann, daß die rasend fortschreitende Entwicklung auf diesem Gebiet sich voll ausgemirkt hätte. Technisch neuartig ist die Anordnung verschiedener Betriebsorgane (Auffeulger, Füllheizer mit Entstaubungsstammern, Speisemaschinen usw.) über dem Kessel. Bisher pflegte man diese Anlagen seitlich, neben dem Kessel oder dem Kesselhaus aufzustellen. Die Nebeneinanderordnung bringt große betriebstechnische Vorteile mit sich; allerdings entwirrt sich dadurch das Kesselhaus immer mehr zu einem Hochhaus. Die beiden Schornsteine erheben sich 87 Meter über dieses Dach, so daß eine Gesamthöhe von über 110 Metern erreicht wird. Die elektrische Energie wird in 6 Hauptturbogeneratoren erzeugt, von denen jeder 34 000 Kilowatt liefert. Den Eigenbedarf des Werkes an Strom und Heißdampf decken zwei kleine Turbogeneratoren von je 12 000 Kilowatt. Wärmetechnisch neuartig ist die Vorwärmung des Speisewassers durch Anzapf-

dampf der Turbinen. Die Wärmeenergie der den Kessel verlassenden heißen Rauchgase wird in Luftheizern zum großen Teil auf die der Feuerung zuströmenden Verbrennungsluft übertragen und so wieder nutzbar gemacht. Den von den Generatoren mit 10 000 Volt Spannung gelieferten Strom bringen Transformatoren auf 30 000 Volt Spannung; sodann wird er von einem, nach den neuesten sicherheitstechnischen Erfahrungen gebauten Schalt- und Verteilungshaus dem Verbraucherzweig zugeführt. Mit dem Bau von Westkraft verknüpft sich gemissermaßen

eine wohnungspolitische Tat.

Kraftwerke sind wegen der Flugstaubbefälligung keine angenehme Nachbarschaft. Die Technik bietet aber Mittel, die diese Flugstaubbefälligung einschränken. Wenn die Privatindustrie davon keinen Gebrauch macht, dann will sie es eben nicht, und die bürgerlichen Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung vieler Städte sind zu nachsichtig, um die Industrie hier zur Erfüllung einer Pflicht zu zwingen, die selbstverständlich ist. Die Stadt Berlin hat diesmal die Fortschritte der Technik restlos benützt, um die Flugstaubbefälligung aus der Welt zu schaffen.

Die beim Großkraftwerk Klingenberg gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß man bei Kraftwerken in der Nähe von großen städtischen Wohngebäuden eine möglichst staubfreie Feuerung anstreben muß. Aus diesem Grunde verleiht man das neue Kraftwerk nicht mit Kohlenstaubfeuerung, sondern man verbrennt Stückholz. Dabei ist die Bildung von Flugstaub und Flugstaub viel geringer, besonders, wenn man ein Feuerungssystem verwendet, bei dem die Reibung der Kohle in der Feuerungsschicht möglichst niedriggehalten wird. Das ist bei der sogenannten Stokerfeuerung der Fall, die hier zum erstenmal in Deutschland in größerem Ausmaß Anwendung findet.

Eine weitere Maßnahme zur Verminderung der Flugstaubbefälligung wird mit der sogenannten trockenen Entstaubung angewandt, die darin besteht, daß Rauchgase durch Verminderung ihrer Strömungsgeschwindigkeit und Abkühlung weitestgehend von Staub befreit werden. Im übrigen ist auch die bekannte Rauchwäsche vorgesehen, die den Rauchgasen die letzten Staubteilchen entzieht. Ohne Zweifel geht die Berliner Stadtverwaltung bahnbrechend vor. Die Industrie, die so viel über die angeblich minderwertige Gemeindevirtschaft erzählt, kann von ihr vieles lernen.

Für den Bau von Westkraft wurden 300 000 Kubikmeter Erde bewegt, 2400 Eisenbetonpfeiler mit einer Gesamtlänge von 20 Kilometern als Fundament in die Erde gerammt, 55 000 Kubikmeter Beton benützt, 2100 Tonnen Fundeisen nur allein für Eisenbetonbauten verwandt und 14 000 Tonnen Stahl nur für das Stahlskelett in den Hochbauten verarbeitet. Die Ausführung, die in den Händen der Siemens-Schuckertwerke liegt, wird dreiviertel Jahre dauern und bedeutet eine Rekordleistung.

Gegner der Sozialdemokratie schimpfen und hehen.

Währenddessen hat das rote Berlin ein Fundament für die Konsolidierung der Berliner und damit auch der deutschen Wirtschaft gelegt. In ihren Früchten soll ihr die Arbeiter erkennen. Taten beweisen! Auch das neue Großkraftwerk in Berlin ist eine Wahrung, den Gegnern der Sozialdemokratie am kommenden Sonntag die gebührende Antwort zu geben: Wählt die Rote der Sozialdemokratischen Partei!

arbeit gewonnen werden konnte. Die Dresdener Bank spricht den Wunsch aus — den wir verstehen können, wenn er auch nicht ohne weiteres befolgt werden wird —, daß das Institut der Dresdener Bank und die Beamtenzentralbank sich bestmöglichst miteinander verständigen, um ein Gegeneinanderarbeiten zu vermeiden. Das Manopol, wenigstens in Berlin, wäre der Dresdener Bank offenbar lieber gewesen.

Der Ausschüßrat der Spar- und Kreditanstalt für deutsche Beamte und Angestellte L.G. besteht aus dem Vorsitzenden Direktor Dr. Riemann, Abteilungsleiter bei der Berliner Oberpostdirektion Oswald, ferner Dr. Schulz-Gewert und Dr. Granenhorst, Senatspräsident a. D., Polizeimajor a. D. Albrecht, Regierungspräsident a. D. Paul und dem Rechtsanwalt am Kammergericht Dr. Grassler, dem jetzigen Leiter der Bank für deutsche Beamte. Sehr viel demokratischer Geist scheint sich bei der Zusammenlegung dieses Ausschüßrates nicht ausgewirkt zu haben, nach dem kaum anzunehmen ist, daß die höheren Stellen in der Beamtenbank ohne weiteres auch höhere kaufmännische Einsicht verbürgen.

Wir haben schon einmal gesagt: einen guten Dienst leistet sich die Beamtenbank, wenn sie privatrechtliche Banken überlebt. Die Masse der Beamten ist proletarisch und lebt proletarisch. Sie soll es mindestens mit öffentlichen Banken halten, bei denen bei der Verwendung der Gelder wenigstens einige Garantien bestehen, daß Volksbedürfnisse befriedigt werden. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß die Beamtengegendwirtschaft — wenn sie als selbständige Einrichtung schon einmal für nötig gehalten wird — auch zentralisiert und zentral kontrolliert wird. Eine Zentralisierung beim privaten Bankkapital ist aber keineswegs erforderlich.

Beamtenbund gegen neue Bank.

Die Pressestelle des Deutschen Beamtenbundes teilt mit: Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nahm in den letzten Tagen zu den Fragen der Beamtengegendwirtschaft eingehend Stellung. Außerdem berieten über diese Angelegenheit auch die Vertreter der mit der Zentralbank in Geschäftsverbindung stehenden

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck! Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS

Advertisement for Kurmark Cigarettes. Features a large logo with 'KURMARK CIGARETTEN' and 'SPEZIAL-MAZEDONEN-MISCHUNG'. Includes a small circular logo with the number '5'.



Advertisement for Kurmark Cigarettes. Text: 'Den positiven Genuss des Rauchens'. Includes a portrait of a woman.

Advertisement for Kurmark Cigarettes. Text: 'Der Künstler: Im Schaffensdrang meiner Arbeit empfinde ich die Handwerksmühseligkeit fast als hemmenden Ballast... So schaffe den positiven Genuss'. Includes the Kurmark logo and 'Die Cigarette der neuen Epoche!'.

Der Wahltag gehört der Partei!

Alle Parteimitglieder leisten Wahlarbeit in ihrer Abteilung. Treffpunkt früh 8 Uhr an den bekannten Stellen. Wer verhindert ist oder in der Abteilung keine Arbeit zugewiesen erhält, stellt sich im Zentralwahllokal des Kreises zur Verfügung.

Zentralwahllokale:

1. Kreis Mitte. Bohm, C. 2. Brüderstr. 16. Kupfergr. 4654.
2. Kreis Tiergarten. Schmidt, Wickestr. 17. Hansa 663.
3. Kreis Wedding. Zeitungsredaktion Fischer, Bastianstr. 7. Humboldt 7874.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Aug. Danziger Str. 71. Bineta 725.
5. Kreis Friedrichshain. Schmidt's Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36a. Alexander 9325.
6. Kreis Kreuzberg. Krüger, Grünstr. 1. Boerwald 7036.
7. Kreis Charlottenburg. (Krankentassenhaus), Berliner Straße 137. Wilhelm 8423 Nachruf.
8. Kreis Spandau. Brendenühl, Rorichstr. 16. Spandau 3012.
9. Kreis Wilmerdorf. Kroh, Holsheimische Str. 60. Pflanzburg 1103.
10. Kreis Zehlendorf. Schneider, Potsdamer Str. 25. Zehlendorf 1319.
11. Kreis Schöneberg. Wll. Martin-Luther-Str. 60. Stephan 4049.
12. Kreis Steglitz. Schellhase, Thonstr. 15a. Steglitz 3815.
13. Kreis Tempelhof. Görlich, früher Riendorf, Mariendorf, Chausseestr. 19. Südring 1543.
14. Kreis Neutölln. Weichstr. 8. Neutölln 406.
15. Kreis Treptow. Schmidbauer, Adlershof, Bismarckstr. 74. Adlershof 291.
16. Kreis Köpenick. Stadttheater, Friedrichstr. 6. Köpenick 360.
17. Kreis Richtenberg. Seipke, Kronprinzenstr. 47. Andreas 1220.
18. Kreis Weihensee. Gollas, Behderstr. 122. Ede Berliner Allee. Weihensee 877.
19. Kreis Pantow. „Lütkisches Zeit“, Breite Str. Pantow 266.

20. Kreis Reinickendorf. Strauß, Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 109. Reinickendorf 336.

Die Zentralwahlleitung

ist im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppe. Telefon: Amt Dönhoff 5086, 5087, 5088, 5066, 5067. Wichtige Vorgänge, die allgemeines Interesse beanspruchen, sind dorthin zu melden.

Samariter.

Für den Transport kranker und körperlich behinderter Wähler stellt sich der Arbeiter-Samariter-Bund zur Verfügung. An folgenden Stellen kann angerufen werden:

- Mitte. Geschäftsstelle, Or. Hamburger Str. 20. Norden 3340.
 Tiergarten. Bausch, Bredow. Ede Wickestraße. Noabit 7367.
 Wedding. Roland, Luriner Str. 6. Noabit 7041.
 Prenzlauer Berg. Jundel, Kastanienallee 29/30. Bineta 590.
 Friedrichshain. Buch, Lillier Str. 26. Kömigtadt 1105.
 Kreuzberg. Zum Urbanhafen, Am Urban Ede Blamser. Boerwald 6336. — Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Moritzplatz 3233.
 Charlottenburg. Jugendheim S.M., Rosinenstr. 4.
 Schöneberg. Rosenthal, Ebersstr. 68. Stephan 2932.
 Steglitz. Schmidt, Bichterstraße, Roonstr. 39. Breitenbach 524.
 Tempelhof. Seeger, Mariendorf, Chausseestr. 37. Südring 443.
 Neutölln. Bange, Hermannstr. 125. Neutölln 6171. — Tesler, Reuterstr. 47. Neutölln 851. — Schilling (Zentrale) Kirchhof-Ede Wickestraße. Neutölln 1607.
 Treptow. Wildenbruch-Ede Gräßstraße. Moritzplatz 12 806.
 Köpenick. Beep, Schönerlinder Str. 5. Köpenick 607.
 Bohnsdorf. Schmidt, Woltersdorfer Str. 100. Grünau 6310.
 Richtenberg. Seipke, Kronprinzenstr. 47. Andreas 1220.
 Weihensee. Stärke, Charlottenburger Str. 3. Weihensee 377.
 Pantow. Klemm, Berliner Str. 118/119. Pantow 566.
 Reinickendorf. Ratter, Eichbornstr. 93. Reinickendorf 3155.
 Hermödorf. Lurnhalle, Roonstraße. Legel 3076.

Radfahrer.

Die parteigedientlichen Radfahrer stellen sich am Wahltag in ihren Abteilungen zur Verfügung der Wahlleiter.

Das Wahleresultat.

Das Wahleresultat der einzelnen Stimmbezirke wird in jeder Abteilung zusammengestellt und dann auf schnellstem Wege dem Bezirkssekretariat und dem Kreise übermittelt. Das Bezirkssekretariat braucht die Zahlen notwendig zur Berichterstattung an die Presse. Teilergebnisse und Resultate aus den einzelnen Stimmbezirken sind, weil zwecklos, nicht zu melden.

Sport.

Kennen zu Strausberg am Donnerstag, dem 14. November.

1. Rennen 1. Borussia (H. Schöler), 2. Nord, 3. Guterpe. Toto: 19:10. Platz: 16, 19:10. Ferner liefen: Auf Erant, Kancade, Waga (gel.).
2. Rennen 1. Manoir (Doh), 2. Tamarallen, 3. Chronos. Toto: 27:10. Platz: 13, 14:10. Ferner liefen: Gemus, Schar-Dach, Doktor Mabelle.
3. Rennen 1. Rühlme (Wolff), 2. Trumfönig, 3. Paradenia. Toto: 19:10. Platz: 17, 24:10. Ferner liefen: Parfial, Begonia, Karr, Barabdt, Silberbogen, Jlanda.
4. Rennen 1. Kermal (H. Egloffheim), 2. Herden, 3. Kornob. Toto: 17:10. Platz: 12, 15:10. Ferner lief: Wagna (gel.).
5. Rennen 1. Adländerin (Simpl), 2. Holendring, 3. Koller. Toto: 30:10. Platz: 13, 14, 15:10. Ferner liefen: Gebhard, Hol Guden, Schwertfische, Drator.
6. Rennen 1. Klaf Bröge (Läder), 2. Panter, 3. Carl-Heinz. Toto: 62:10. Platz: 16, 16, 26:10. Ferner liefen: Hechter, Eichel, Dazard, California, Epala, Rontello, Wergentel, Pallas, Sturmbrand, Donbonniers.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachr. verb.). Stetlich trübe und regnerisch, wenig Temperaturänderung, schwache Luftbewegung. — Im Deutschland: Weist trübe und besonders im Osten Regen, im Südwesten zeitweilige Aufreigen der Bewölkung.

Billig, schick und elegant
Kurzberg
 ist dafür bekannt.
 Sie erhalten bei mir den
 geeigneten
Maßanzug od. Paletot
 für
 Mark 125,- und Mark 135,-
 aus prima Stoffen, guten
 Zusätzen und Verarbeitung
**Trotzdem Teilzahl
 bis 6 Monate!**
 K&S-Schneiderei
J. Kurzberg
 nur Granicusstr.
 100, L.

Werbungsinserate
 im **Vorwärts**
 verbürgen **Erfolg!**

Kreditbank
 Garderobe
 1/3 Anzahlung
 Rest in
 8 Monatsraten

Möbel ohne Anzahlung

Damen-, Herren- u. Kinder-Konfektion

Leib-, Haus-, Bettwäsche, Oberhemd., Kragen, Steppdeck., Gardinen, Tisch-, D.wanddecken, Teppiche, Läuferstoffe usw.

Möbel aller Arten in großer Auswahl

Anderz
 Reinickendorfer Str. 16
 Größtes Haus am Nettelbeckplatz, am Bahnhof Wedding.
 Ecke Pank- und Gerichtstraße Ecke Parterre, I., II., III., IV. Etage

Solchen Sprung

hat schon mancher bei uns gemacht aus Freude über die Erkenntnis, wie gut man bei uns kaufen kann.

Nicht jeder hat das Temperament, um gleich vor Freude in die Luft zu hupsen; aber keiner, der zu uns kommt, kann sich den Kauf- und Sparmöglichkeiten verschließen, die ihm bei uns geboten werden.

Es ist ja auch wirklich famos, den Mantel oder Anzug zu finden, den man sich vorgestellt hat (vielleicht noch schöner, noch besser) und doch dafür so viel weniger bezahlen zu brauchen, als man gedacht hatte.

Ihnen würde das nicht ein bißchen anders gehen! Auch den Mantel oder Anzug, den Sie suchen, finden Sie bei uns. Und sicherlich besser und billiger, als Sie annehmen.

Warten Sie nicht länger —

GEHEN SIE ZU

Chausseestr. 113
 Beim Stelliner Bf.
Königstraße 33
 Am Bf. Alexanderplatz



er mit einem eleganten Sprung in die Nachkriegszeit. Heute sind dagegen nach der Reichsverfassung die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter dazu berufen, in freiem Zusammenwirken die Arbeitsbedingungen gemeinsam zu vereinbaren. Der Kollektivvertrag, der in der Friedenszeit in seinen ersten Anfängen stand und eine Ausnahme bildete, ist zur Regel geworden."

Poensgen, der Sozialrepublikaner! Und er fordert „einen Zustand wirklicher Parität, wie er in der Reichsverfassung mit klaren Worten gezeichnet wird“. Poensgen, der Verteidiger der Verfassung!

Ja, aber die bösen Gewerkschaften sind eben verfassungsfeindlich. Sie wollen nichts wissen von einer „wirklichen Parität“, und deshalb sind die Sozialrepublikaner à la Poensgen genötigt, „solchen einseitigen Machtbefreiungen Widerstand bis aufs Letzte entgegenzusetzen“.

Und der Humorist Poensgen fährt fort: „Wir sind allerdings der Meinung, daß wir im Mittelpunkt des Produktionsprozesses stehen, daß Industrieführer für die Wirtschaft unentbehrlich sind... Das Unternehmertum hat längst den alten „Herrn-im-Haus“-Standpunkt begraben.“

Danach kann man wohl sagen, daß Herr Poensgen seinen Beruf verfehlt hat. Als Kabarettist würde er durchschlagende Erfolge erzielen, was ihm als Wirtschaftsführer nicht immer beschieden war.

Eisenbahner, Vorsicht vor Wahlentgleisung! Kommunalwahlen und Eisenbahnerinteressen.

Alle bürgerlichen Parteien, die sich bei den Kommunalwahlen besonders auch um die Stimmen der Eisenbahner bemühen, sind grundsätzliche Gegner der von der Sozialdemokratie geschaffenen öffentlichen Wirtschaftsbetriebe. Sie wollen diese gemeindewirtschaftlichen Betriebe im privatkapitalistischen Sinne verwalten, die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten so weit abbauen, daß sie sich auf der gleichen Linie bewegen wie in den Großbetrieben der Konzerngewaltigen Siemens, Vorzig und Genossen.

Folgerichtig würde damit auch die Weiterentwicklung der Löhne und Gehälter des Reichsbahnpersonals bei passender Gelegenheit hant unter Druck gesetzt werden. Also, an vorbildliche Löhne, aber auch an vorbildliche Arbeitsbedingungen dürfte infolgedessen niemand stärker interessiert sein als das Eisenbahnerpersonal selbst. Schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Gemeinden, besonders in Berlin, erschweren auch die Stoßkraft der gewerkschaftlichen Unterhändler gegenüber der bürgerlich-reaktionär eingestellten Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Wird nun noch in Erwägung gezogen, daß der Ausbau der Volksschulen, die in erster Linie ja auch von den Kindern der Eisenbahner besucht werden, unverbrüchliches Verdienst der Sozialdemokratie ist, einschließlich den weiteren Ausbau der Freizeitanlagen für geistig Begabte der Kinderbewerber, so haben die Eisenbahner allen Anlaß, nicht auf die Schlagworte und Versprechen der bürgerlichen Parteien hineinzufallen.

Doppelte Vorsicht ist zu üben bei den von den bürgerlichen Parteien empfohlenen sogenannten Gemeinschaftslisten (Beamten oder Mietervorschlagslisten). Hier haben sich in versteckter Form die reaktionärsten Elemente zusammengefunden.

Auf die Kommunisten, die auch bei diesen Wahlen im

Bunde mit den Hakenkreuzern, den Nationalsozialisten, die größten Schreier sind und die meisten Wahlversprechungen machen, brauchte eigentlich nicht aufmerksam gemacht zu werden, weil ihre Unfähigkeit auf kommunalpolitischen Gebieten bekannt ist. Die Eisenbahner selbst können ein Bild von dieser Unfähigkeit jagen, wohin die kommunistische Saumpolitik überall dort geführt hat, wo sie in einer Anzahl Dienststellen der Reichsbahnbetriebe noch Einfluß besitzt.

Darum, Eisenbahner, keine Stimme den bürgerlichen Parteien bis zu den Demokraten. Auf letzterer Liste marschieren als Spitzenkandidat der Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, Kiedel, der den Eisenbahner bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen viele Schwierigkeiten gemacht hat. Gebt erst recht keine Stimme den Kommunisten, die, wenn sie einmal herrschen, genau wie in Rußland Arbeiter und Bauern aus ihrer lieb gewordenen Heimat hinausjagen.

Gebt eure Stimme der sozialdemokratischen Partei. Sie allein ist die Partei aller Schaffenden.

Schutz den Provisionsreisenden!

Beschluß des Reichswirtschaftsrats.

Die Angestelltenverbände hatten, unter Hinweis auf die Rolle der Provisionsvertreter, angeregt durch Änderung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des § 59 des Handelsgesetzbuchs, zu verhindern, daß in wachsendem Umfange die Provisionsvertreter des Schutzes des Arbeitsrechtes und der Sozialversicherung, insbesondere der Kranken- und Angestelltenversicherung, des Kündigungsschutzes usw. dadurch verlustig gehen, daß man das Handlungsgehilfenverhältnis in ein Agentenverhältnis umwandelt.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats sprach sich in seiner Sitzung vom 13. November für nachstehende vom Reichsjustizministerium zur Erörterung gestellte Neufassung des § 59 des Handelsgesetzbuchs aus:

„Wer, ohne ein selbständiges Handelsgewerbe zu betreiben, ständig damit betraut ist, für das Handelsgewerbe eines anderen Geschäfte zu vermitteln oder im Namen des anderen abzuschließen, ist Handlungsgehilfe, auch wenn er als Vergütung ausschließlich oder vorwiegend Provision erhält.“

Ferner empfahl der Ausschuß die Anwendung der Schutzbestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung in Postfachebetrieben auf die Arbeiter an den Kassösen, sofern nicht für genügende Abfassung gesorgt ist.

Anaestellenabbau bei der J. G. Farben

Auch in der chemischen Industrie führen die Nationalisierungsmassnahmen zu einer Verminderung der Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten. Die Leitung der J. G. Farbenindustrie hat sich bereit erklärt, bei dem von ihr eingeleiteten Abbau soziale Gesichtspunkte weitgehend zu berücksichtigen. Sie will, wie bekannt, den jüngeren Angestellten ausreichende Abfindungen zahlen und die älteren Angestellten pensionieren. Bis jetzt hat die Verwaltung jedoch der Öffentlichkeit noch keine Aufklärung darüber gegeben, wieviel Angestellte insgesamt vom Abbau betroffen werden.

Auf einer Konferenz des „Witab“ in Eisenach wurde

der Abbau bei der J. G. Farben eingehend erörtert. Die Angestelltenräte der J. G.-Betriebe wurden von der Konferenz aufgefordert, darüber zu wachen, daß die von der Verwaltung gegebenen Zusicherungen bei den Abbaumassnahmen auch wirklich eingehalten werden.

Revolutionsfeier der ZDA. Jugendgruppe.

Im überfüllten Bürgeraal des Berliner Rathauses hielt die Jugendgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten am 9. November ihre Revolutions-Gedenkfeier ab. Dr. G. Restriep legte in einer Ansprache eindringlich die Bedeutung des 9. November für die Arbeitnehmer und für den Fortschritt dar.

In diesem Sinne müsse auch die Angestelltenjugend am Aufbau einer wirklich neuen Volksgemeinschaft mitarbeiten. Ebenso begeistert wie die Ausführungen des Redners wurden auch die Regitationen von Alfred Beierle und die musikalischen Darbietungen des Celso-Trios unter Leitung von Armin Liebermann sowie eine Aufführung des Sprechchors der Berliner ZDA.-Jugend, von Otto Bölemann geleitet, aufgenommen.

Erhöhung der Kostgeldsätze für Lehrlinge.

Der Gesellenausschuß der Handwerkskammer hat zu der am 6. November stattgefundenen 64. Vollversammlung der Handwerkskammer einen Antrag auf Erhöhung der Kostgeldsätze gestellt. Der Antrag ist nach Abänderung durch den Lehrlingenausschuß angenommen worden. Die Kostgeldsätze betragen nunmehr: 5 Mark im ersten Lehrjahr, 7 Mark im zweiten, 9 Mark im dritten und 12 Mark im vierten Lehrjahr.

Schiedspruch für die bayerischen Forstarbeiter

In dem seit Monaten dauernden Lohnstreit innerhalb der bayerischen Forstwirtschaft wurde ein Schiedspruch gefällt, der in allen Lohnklassen eine Erhöhung des Stundenlohnes um zwei Pfennige bringt. Die Arbeitgeber, zu denen in erster Linie der Bayerische Staat gehört, lehnten jede Lohnerrhöhung ab.

Der Lohnschiedspruch für die preussischen Staatsforstarbeiter ist von beiden Parteien angenommen worden. Der Schiedspruch bringt gegenüber den augenblicklich geltenden Lohnsätzen in der ersten Lohnklasse eine Erhöhung um drei Pfennige pro Stunde. Mit der Annahme des Schiedspruches ist der Lohnstreit beendet.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Seitl. Freitag, 19. Uhr. Saal der Gruppen: Hermannplatz: Jugendheim Gantelet. 11. Udr. Bodendrucke. Revolutionstage 1918. — Säulen, Säulen: Gruppenheim Kaiserstr. 2, 8. St. Wilhelm-Bildung. — Baumkulturbund: Jugendheim Baumkulturbund. — Jugendkulturbund: Jugendheim Gantelet. 11. Udr. Bodendrucke. — Jugendkulturbund: Jugendheim Gantelet. 11. Udr. Bodendrucke. — Jugendkulturbund: Jugendheim Gantelet. 11. Udr. Bodendrucke.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Seitl. Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Gantelet: Jugendheim Gantelet. 11. Udr. Bodendrucke. — Vortrag: Moderne Erziehung (Die Bundeszeitung). Referent: Arthur Rademacher. — Vortrag: Jugendheim Gantelet. 11. Udr. Bodendrucke. — Vortrag: Jugendheim Gantelet. 11. Udr. Bodendrucke.



Die einfachste Lösung

Moden hat die billigsten Preise auf allen Einkaufsfragen für den Winterbedarf:

Moden gewährt stadtbekannt günstige Zahlungsbedingungen

Damen- u. Kinder-Konfektion Herren- u. Burschen-Konfektion Pelz-Mäntel Schuhwaren

Möbel ohne Anzahlung bis zu 24 Monatsraten

Komplettes Schlafzimmer Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen, polsterwaren, Einzel-Möbel, Metallbetten

KAUFHAUS **Moden** IM OSTEN: Gt. Frankfurterstr. 101 IM SÜDEN: Kottbuserdamm 72

Fescher Mantel 59.50 Eleg. Herren- Uister 58.-

O'Neills Entwicklungsgang

O'Neill hat die besten Aussichten, einmal der Nachfolger Shaws als der Welt bekanntester Dramatiker zu werden. Heute, wo er kaum 40 Jahre alt ist, hat sein Name in allen Kulturländern bereits guten Klang.

Dabei sind die besten seiner Stücke wahrscheinlich noch ungeschrieben. Denn bisher war ihm jedes seiner Werke ein Experiment mit der dramatischen Form, vom Einmann-Drama „Kaiser Jones“ bis zu dem wahrhaft sensationellen „Strange Interlude“. Mit einer genialen Unbekümmertheit setzt er seine dramatischen Kinder in die Welt, ihm ist es gleich, ob sie sterben oder bleiben; sie sollen selbst zeigen, ob sie lebensfähig sind oder nicht. In seinen Freund, den Kritiker George Jean Nathan schreibt er am 20. Juni 1920: „Es wird einige Zeit dauern, bis man über den Duktus hinwegkommt, alles, was einem durch den Kopf schießt, zu Papier zu bringen“, und nennt die Ergebnisse solchen „Duktus“, eine sich mitteilende Art der Erziehung, wenn man nicht unendlich bleiben kann.“

Wenn so seine Stücke untereinander in der Art und im Wert völlig verschieden scheinen, immer sind sie doch unmittelbare Ausflüsse seiner Dichterpersönlichkeit, so daß allen ein geistiges, sich durch alle Verwandlungen gleichbleibendes Wesen innewohnt: das Wesen des Menschen O'Neill.

Am 16. Oktober 1888 wurde Eugene Gladstone O'Neill in New York geboren. Sein Vater James O'Neill war Schauspieler; er war bekannt und um die Jahrhundertwende sogar berühmt. Den weitaus größeren Einfluß auf den Dichter aber hatte die Mutter, die vor ihrer Verheiratung Schreierin gewesen war. Wie der Vater, war auch sie irischer Abkunft; und so ist das geistige Erbe O'Neills nicht nur der weltweite und freibewegliche Lebensstimm seiner Heimat Amerika, sondern auch das grübelnde, bohrende und mystifizierende Denken und Dichten der Grünen Insel.

So war in ihm eine Kraft, die bejahete, und eine, die zweifelte; eine, die Wirklichkeiten wollte, und eine, die nach Phantasie strebte. Der junge O'Neill verlangte nach beiden: er wollte phantastische Wirklichkeiten, er wollte Erfahrungen, die wie seltene, bunte Träume waren.

Mit 19 Jahren kam er von der Schule und trat — zunächst noch durchaus bürgerlich und vernünftig — als Anfänger in ein großes Kostümbüro in New York ein. Aber es hielt ihn hier nur kurze Zeit. Mit einem ihm bekannten Hütteningenieur zog er fort. Blödsinnig, unvernünftig. Sie gingen gemeinsam nach Spanisch-Honduras, — um Gold zu graben. Gold, Gold wollte er haben; doch nicht in grauen Stuben mit Schweiß ergeizen, nein, wie im Traum sollte der Reichtum zu ihm kommen.

Doch der erste Traum zerbrach jäh und häßlich. Er fand kein Gold; nur Mücken in Glend, Fieber und Typhus. Und dann wurde er krank; die Malaria bekam ihn zu fassen. Ohne einen Dollar kam er zerschlagen zurück zu seinen Eltern. Damals glaubte er, alles verloren und nichts gewonnen zu haben.

Aber schon bot sich eine neue phantastische Wirklichkeit. Es war eine Frau. Er wollte sie glücklich machen, eine Familie gründen. 1909 heiratete er Kathleen Jenkins. Noch hatte er keine Erlaubnis, doch er wollte dafür arbeiten und sich darauf vorbereiten. Zunächst galt es, zu lernen und das College zu absolvieren. 1910 war er auf der Univerfuit Princeton. Bald jedoch sah er, daß hier nicht der rechte Weg für ihn lag. Also schloß er sich einem Wandertheater an, mit dem er durch den Fernen Westen zog. Seine Ehe wurde nicht das, was er von ihr erhofft hatte. Es gab Enttäuschung, wohl auch Streit. 1912 war O'Neill geschieden. Wieder zerbrach ein Traum.

Noch bevor seine Ehe gelöst war, hatte für O'Neill ein neues Abenteuer begonnen. Als Matrose fuhr er auf einem Segler von Boston nach Buenos Aires. Ueber zwei Monate dauerte diese Fahrt, während der er zum ersten Male die Nacht und den Zauber der See fühlen lernte. So ward dies Erlebnis zu einem der Besten eines Lebens. Das zeigte sich später, als er zu schreiben begann.

In allen seinen frühen Stücken spielt nicht ein Mensch die Hauptrolle, sondern „the old Devil Sea“.

In Buenos Aires arbeitete er als Zeichner und als Arbeiter. Dann wieder fuhr er auf See: diesmal auf einem Viehdampfer nach Afrika. Nach seiner Rückkehr nach Buenos Aires zeigte ihm das Abenteuer seine Kräfte. Nur gelegentlich noch fand er Arbeit; Hunger und Armut lernte er kennen; bis ihn schließlich ein Trompender als Reichmatrose mit nach New York nahm.

Sein Vater hoffte ihm. Er hatte Victor Hugos „Graf von Monte Christo“ dramatisiert und damit einen riesigen Kassenerfolg in New York erzielt. Er selbst spielte die Hauptrolle. Nun sollte auch die Provinz bereist werden. Eugene O'Neill erhielt eine kleinere Rolle und kam so zum zweiten Male zum Theater. Das erste Mal war er zweiter Inszenier gewesen, jetzt war er schon Schauspieler. Aber noch dachte er nicht daran, sich irgendwie ernsthaft mit dem Theater abzugeben.

Dagegen wurde ihm das ewige Lounneebesein mit dem unendlichen Wiederholen immer denselben Klödfinns bald über. Er fühlte sich noch einmal um, wurde Reporter. Das war beim „New London Telegraph“ in Connecticut. Und wer weiß, wie oft er noch umgefallen hätte.

Doch O'Neill wurde krank. Ernstlich krank. Schon auf seinem Goldsuchertrip nach Honduras hatte er sich den Keim zu einer Lungenerkrankung geholt. Doch erst jetzt, nach drei Jahren voll wüßten Lebens und Erlebens, zeigte es sich, daß seine Lungen wirklich angegriffen waren. Er mußte für ein halbes Jahr in ein Sanatorium gehen.

Das war das Ende seiner Jugend. Mit einem Schlag wandelte sich die Richtung seiner Persönlichkeit; er war zum Mann geworden. Das Gefühl, tadgemeißt zu sein, verließ ihn von nun an seinen Augenblick mehr und zwang ihn, das Resultat seines Lebens zu suchen. Er erkannte, daß er bis zu diesem Punkte nichts geleistet hatte, daß kein Wesen auf der Erde an ihn denken mußte, wenn er verging.

Er suchte nach neuen Zielen. Doch noch war sein innerstes Wesen das gleiche; noch immer wollte er phantastische Wirklichkeiten. Aber er sah jetzt, wo er sie allein finden konnte: in der Kunst. Dort war Realität, und dort war Traum. Und so wie er sie damals sah, waren sie eins. Am meisten eins im Drama, das O'Neill für sich erwählte.

Mit 24 Jahren schrieb er sein erstes Stück: „The Web“. Es wurde weder gedruckt noch aufgeführt; es war das Werk eines blühenden Anfängers. O'Neill sah ein, daß er auch hier arbeiten mußte, ehe er zum Meister werden könne. Er wurde nochmals Student, diesmal in Harvard bei Professor Baker.

Als O'Neill 1914 dorthin kam, war Bakers „Workshop 47“ bereits eine amerikanische Berühmtheit. Schon 1907 hatte Professor Baker seine dramaturgischen Kurse eingerichtet, in denen nichts Beringeres angestrebt wurde als die Schaffung einer hochwertigen, nationalen Dramatikergeneration. Zuerst lächelte man auch in den Vereinigten Staaten (wie noch heute bei uns) über diese Brutanstalt für dramatische Kisten. Doch die Zeit hat Prof. Baker recht gegeben. Seine Kurse sind von größter Wichtigkeit für die Entwicklung des amerikanischen Theaters geworden.

O'Neill nahm ein Jahr lang an ihnen teil; schrieb Stücke inzwischen, schrieb sie wieder um, vernichtete sie und schrieb neue. Immer schrieb er. Doch noch wurde er nicht gespielt. Da machte er im Sommer 1916, als er sich zur Erholung in Provincetown (Massachusetts) an der Küste des Atlantik aufhielt, die Bekanntschaft einer Truppe von Amateurschauspielern, die dort auf einem alten Fischerboot Theater spielten. Sie hatten das schon im Sommer 1915 begonnen und hatten sich als Ziel gesetzt, nur amerikanische Dichter auszuführen. Sie sahen in O'Neill eine Möglichkeit, und O'Neill sah in ihnen eine Möglichkeit. So kamen sie zusammen, und mit Hilfe dieser Truppe, die dann nach New York übersiedelte und ein eigenes Theater gründete, hat O'Neill seine ersten Triumphe in Amerika erkämpft.

Harry Bergholz.

ein Kieselstein fertig, das einen Stein hätte erweichen müssen. Die Werkzeile schrieben ein Miteft, Sobieffki sei kaum noch vier Wochen am Leben zu erhalten. Wir waren alle aufs höchste gespannt, wie es ausgehen würde.

Aber noch ehe Antwort kommen konnte, starb Sobieffki. Er starb schnell und ohne Widerworte. Sanft und friedlich sah er im Tode aus. Der versiegelte Brief der Kabinettchefs, der später eintraf, hatte nichts mehr auf sich.

Landwirtschaftliche Versuche

Dicht vor den Toren Berlins, in Dahlem draußen, wo um den Botanischen Garten sich die vielen Versuchsinstitute unserer Univerfuit befinden, die sich mit Forschungen auf naturwissenschaftlichen Gebieten befassen, ist kürzlich eine neue Anstalt für Düngeversuche vom Verein der Thomasmehlzüchter errichtet worden.

Es ist ein fast vergnüglicher Betrieb, den man erst bei näherer Betrachtung den wissenschaftlichen Ernst ansieht, dem er dient. In sauberen weißen Kitteln, wie Säuglingschwestern angezogen, laufen die wissenschaftlichen Assistentinnen durch die Reihen von Hafersäulen, Gerstenbüscheln, Weizen- und Roggenhalmen.

Hunderte von kleinen Kästchen hat man geschaffen, Blütenköpfe, winzige kleine Acker von etwa einem halben Meter im Quadrat. Aus allen Gegenden Deutschlands hat man Bodenproben herbeigeholt vom besten bis zum schlechtesten, vom leichtesten bis zum schwersten. In jede solche Bodenprobe werden nun die verschiedenen Getreidearten gesät, und zwar gleich in mehrere Töpfe mit gleichen Bodenarten, denn die einzelnen Töpfe erhalten einen verschiedenartigen Zufuß von Thomasmehl, und zur Kontrolle des normalen Wachstums auch gar keine. Nun beginnt die Schwierigkeit, allen Pflanzen nach Möglichkeit die gleichen Lebensbedingungen zu schaffen. Keine darf günstiger, keine schlechter daran sein. Keine darf mehr Sonne, keine andere mehr Regen erhalten. Deshalb stehen alle winzig kleinen Acker auf kleinen Eisenbahnwagen, so daß sie hin und her geschoben werden können. Landwirtschaft und Eisenbahntechnik! Bei normalem Wetter stehen sie draußen im Freien, über sich leiblich ein Drahtnetz, das sie vor dem Zugriff allzu neugieriger Späher und hungriger Stare und Schwarzdrosseln schützt. Es darf ja auch kein einziger Korn der Acker verlorengehen, wenn nicht die wissenschaftlichen Ergebnisse bereits ungenau werden sollen. Beginnt es nun zu regnen, so stürzen all die Pflanzenjünglingschwestern herbei und schieben schleunigst ihre Säuglinge aus den Drahtkästen in Glasglocken, denn keines darf ja mehr Regen erhalten als das andere. Alle werden auf den Substanzmesser genau mit Wasser versorgt, das erfordert so die exakte wissenschaftliche Methode, und trotz dieser ungewohnten Behandlung wachsen Weizen, Roggen, Gerste und Hafer zu stattlichen Halmen mit noch stattlicheren Ähren heran. Ist dann die Zeit der Reife und Ernte gekommen, so werden die geschnittenen Halme samt den Ähren auf einer Apothekerswaage genau gewogen, und später noch einmal die sorgsam gebrauchten Körner jedes kleinen Zwergerönders.

Die sorgsam gebrauchten Ergebnisse zeigen dann die Bedeutung der Phosphordüngung für die einzelnen Bodenarten, geben wichtige Aufschlüsse über den notwendigen Grad der Feuchtigkeit. Ueber die Menge der Düngung, kurzum über die Lebensbedingungen unserer Getreidepflanzen.

Über da ist noch ein kleines, geheimnisvolles Glashäuschen mit Scheiben aus rotem Glas. Auch hier wachsen unsere Getreidepflanzen genau so, als seien sie draußen im hellen Sonnensicht. Nur von Zeit zu Zeit blüht es in regelmäßigen Abständen auf, große Jupiterlampen leuchten auf, und nun entdecken wir auch die photographischen Apparate, die noch genauer als das menschliche Auge das Wachstum jeder einzelnen Pflanze kontrollieren. Hier wird der für die Landwirtschaft so wichtige Film, der das Wachstum der Getreidepflanze behandelt, hergestellt und aus all diesen Einzelaufnahmen später zusammengesetzt.

Adolf Köbel.

Enträtselte Steinzeit

Bei Ausgrabungen, die der englische Forscher Leslie Armstrong mit Unterstützung der „British Association“ in Rhodesia ausführte, glückte es, in einer Höhle bemerkenswerte Bilder aufzufinden, die seiner festen Ueberzeugung nach den Beweisen erbringen, daß zwischen den frühesten Kulturen Afrikas und Europas ein Zusammenhang besteht. „Die Höhle, die in Bamana liegt“, erklärte der Forscher bei seiner Ankunft in England einem Berichterstatter, „gleich ist nichts den bisherigen Funden in diesem Bezirk. Ihr Boden ist sandstein und an den Wänden zieht sich ringsum ein Fries in Höhe von etwa drei Metern. Viele große Elefanten, die dort in blaugelber Farbe gemalt sind, sind so alt, daß die Farben so gut wie ganz verblüht sind. Ueber ihnen aber befinden sich jüngere Bilder in roter Farbe, die Nashörner, Straußen, Staurche, Paviane und Antilopen darstellen. Bilder noch jüngeren Ursprungs sind in einem abweichenden roten Ton gemalt, und schließlich sieht man große Gruppen menschlicher Figuren, die Speere, Bogen und lange, trompetenähnliche Instrumente tragen. Insgesamt entdeckten wir über 200 Bilder. Alle die dargestellten Männer sind hochgewachsen und schlank, und es scheint ganz ausgeschlossen, daß sie etwas mit den zwerghaften Bushmännern zu tun haben, in denen man früher die Ureinwohner von Rhodesia zu sehen vermeinte. Ich bin vielmehr fest überzeugt, daß die älteren Bilder die Arbeit von Künstlern der paläolithischen Rasse darstellen, die Büffel und andere Tiere an die Wände spanischer Höhlen malten.“

In dieser Ansicht sah sich Armstrong beim Ausgraben der Sohle der Höhle bis zu einer Tiefe von sechs Metern bestätigt. Unter den gefundenen Gerätschaften der Steinzeit befanden sich auch Grabstichel, von denen man bisher glaubte, daß es sie in Südafrika nicht gäbe. Diese Grabstichel erbringen nach Armstrongs Erklärungen den Beweis, daß ein Verbindungsglied mit der sogenannten Kultur der europäischen Aurignac-Rasse vorliegt, jener Rasse aus der Altsteinzeit, die ihren Namen von einer in Aurignac in Frankreich entdeckten Höhle herleitet. „Wir haben allen Grund zur Annahme“, führte Armstrong weiter aus, „daß diese Periode mindestens so groß, wenn nicht größer als jene der Steinzeit der Europäer ist.“ Nach Armstrongs Theorie ist der Ursprung des Menschentyps der Aurignaczeit in der Sahara zu suchen, die in der Eiszeit ein fruchtbares Land war, das eine große Bevölkerung zu ernähren vermochte. Als es dort zu heiß wurde, zog ein Teil der Rasse nach Norden, nach Spanien und Frankreich, vorgebrungen sein, ein anderer Teil zog dagegen südlich über Kenja nach Rhodesia, wo Tausende von Steinwerkzeugen aus der Aurignaczeit während der letzten zwölf Monate gefunden wurden.

Richard Gerlach: Die letzte Instanz

Sobieffki hatte seinen Redewort mit dem Kolben über den Kopf gehalten, vor dem Feinde. Sie wollten ihn auf der Stelle wegen Mordes erschließen. Aber ein plötzlicher Angriff der Franzosen verhinderte es. Jeder Mann wurde notwendig gebrauch. Sie nahmen Sobieffki die Fesseln ab, gaben ihm ein Gewehr und wiesen ihn mit. Dem Sold und halb zum Tode Verurteilten wurde in Handgemenge von einem Juden den Bauch aufgeschliffen. In hoffnungslosem Zustande wurde er zum Verhandlungplatz getragen und gelangte mit der grauenhaften Wunde nach einigen Wochen in ein Refektorium, ständig in Lebensgefahr. Inzwischen hatte ihn das Kriegesgericht in Wörsenfeld zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Den Feldwebel hatten sie als nervenbedingend nach Hause geschickt.

Sobieffki war mein Nebenmann im Lazarett. Von Beruf war er Lokomotivführer, hatte Frau und Kind. Seine ganze Zukunft wäre vernichtet, jammerte er.

„Wenn die Eisenbahndirektion Kenntnis von meiner Strafe bekommt...“

Er verließ die Erdmüde, konnte kaum ein weiches Ei herunter schlucken und war gallengrün im Gesicht. Ueber Tag und Nacht grübelte er, was er nur machen sollte, um seine Existenz zu retten.

Daher ließ ihn die Jügel schleichen. Wenn ihn ein Gedanke gepackt hatte, stemmte er sich zum Stehen auf, obgleich er es nicht durfte. Ich vermaß sorgfältig, ihm Uelache zur Erregung zu geben, aber in seiner Erbitterung schimpfte er oft über nichts, über gar nichts. Die Kameraden und die Schwestern fürchteten ihn. Kaum einer hätte ihn misstrauisch angesehen, weil er Strafgefangener war. Denn die Männer, die hier lagen, hatten alle viel mitgemacht. Jeder spürte aber, daß dieser Mensch gewalttätig und hemmungslos aus allen Scharren brechen konnte; warum hatten sie eine Scheu vor ihm. Ich konnte ihn nicht ausweichen, denn er lag rechts neben mir.

„Was hat dir der Feldwebel eigentlich getan?“

„Er war ein Schweinehund. Er hat uns getriegt und...“

... einen Drahtposten mußte, da hieß es: Sobieffki. Er kam frisch aus der Schredstube eines Garnisonkommandos. Wir waren drei Jahre im Feld. Worte, dachte ich, dich kriegen wir schon. Da liegen wir einmal in Ruhe, Appell, er sieht mich rous: Rotkäppchen, Sobieffki, ein rosiges Gewächstoch. Nachgergerieren. Heißt mich ganz allein auf einem Grasacker herum. Sprung auf, marsch-marsch! hinten! Kommen wir. Eine ganze Stunde schloß er mich, und dann befiehlt er: Präsentiert das Gewehr! Und dann: Vogt an! Und läßt mich so stehen, läßt mich einfach stehen mit der Karre an der Bude, spaziert auf und ab, die Hände auf dem Rücken, grinst... Ich hab mich beherrschen wollen, ich kann es schwören, ich dachte, bei der nächsten Gelegenheit sprechen wir uns wider, Freunden, wenn wir vorn in der Schloßkade liegen, pfeift es aus einem anderen Loch. Da bleibt der Salon vor mir stehen, so recht höflich, und läßt mir pfeifgrade in die Augen. Das ist doch selbstverständlich, jetzt zuden meine Arme, und schwapp hat er den Kolben auf dem Dez... Und dann gehe ich zum Leutnant und erhalte Meldung. — Abführen! — Gleichzeitig kam der Mann. halt! — Der Leutnant ruft: Sobieffki! Eintreten! — Und nun hege ich hier.“

Das war Sobieffki, großschmugig und wehleidig. Aber wie konnte er in seiner Verfassung anders sein? Er tat mir leid.

„Weißt du, wir könnten ja ein Begnadigungsgesuch ablassen.“

„Bom Gericht wollte er nichts wissen. Endlich hatte er gefunden, was ihm helfen konnte: ein Besuch an den Kaiser. Er erklärte mir, wie er sich dachte.“

„Ein Soldat, den die Schwarzen halb abgehäutet haben, sollte nicht entehrt werden.“

„So geht das nicht. Du mußt hübsch beschreiben mit Untertänigkeit anfragen, und versichern, daß du in Verwirrung und plötzlicher Ummachung gehandelt hast, aber willens bist, weiterhin nach Kräften usw. Oder schreib, du lönnest nicht eher ruhig sterben, als bis der Oberste Kriegsherr dir verziehen hätte.“

Der ganze Saal beteiligte sich an dem Wortlaut des Gesuches.

Ein Brief direkt an Seine Majestät... Schließlich hatten wir

